

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3.00 M.,
(davon 65 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 4.32 M., einschließlich 60 Pf.
Beitragungs- und 72 Pf. Postbefrei-
gungen. Auslandssubskription 6.— M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucksachenporto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Samstags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Sonntagsbeilage
„Volk und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Donnerstag
8. Oktober 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitig. Kampfanzeige 80 Pf.
Verkaufspreis 2.— M. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.
täglich zwei festgedruckte Wörter, jedes
weitere Wort 12 Pf. „Kleiner Anzei-
genpreis“ das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. „Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.“
Arbeitsmarkt Seite 65 Pf. „Anzeigen-
anzeigen“ Seite 40 Pf. „Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft“ Eindeutigkeit 3. wochent-
täglich von 8/1 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abkürzung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A T) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. D. R. u. D. G. -Gef. Depostenk., Jerusalemstr. 65/66.

Volkspartei gegen Brüning.

Sie will eine Regierung mit Hugenberg und Hitler.

Die Überwindung der Wirtschaftskrise kann von einem einzelnen Lande nicht geleistet werden, es bedarf der internationalen Zusammenarbeit. Diese Überzeugung ist allgemein — aber ebenso allgemein ist die Tatsache, daß in den entscheidenden Ländern schwerste innere Störungen der Durchführung des Gedankens der Zusammenarbeit entgegen treten. Gestern ist das englische Unterhaus aufgelöst worden, ein heftiger Wahlkampf zwischen der Arbeiterpartei und der sogenannten nationalen Regierung beginnt. England hat zunächst keine aktionsfähige Regierung.

Wird Deutschland in der nächsten Zukunft eine Regierung haben, die außenpolitisch aktionsfähig ist? Reichkanzler Brüning ist gestern morgen zurückgetreten. Er hoffte auf eine blitzschnelle Umbildung des Kabinetts unter seiner Führung, aber am Nachmittag spitzten sich die Dinge plötzlich dramatisch zu. Man hörte von einer Weigerung des Dr. Schmitz, in ein neues Kabinett Brüning einzutreten, es wurde zweifelhaft, ob es Brüning gelingen würde, eine neue Regierung unter seiner Führung zustandezubringen. Scheitert Brüning, dann wäre der Augenblick der Verwirrung da, den er vermeiden wollte, und er selbst hätte ihn durch die Gesamtdemission seines Kabinetts, zu der er gezwungen wurde, unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstags herbeigeführt.

Woher diese Zuspitzung? Die Deutsche Volkspartei hat Herrn Brüning einen kräftigen Dolchstoß in den Rücken versetzt. Sie hat gestern ein Pronunziament durch den Pressedienst der Deutschen Volkspartei veröffentlicht, dessen Inhalt zugleich Herrn Brüning durch Herrn Dingeldey vortragen worden ist. Dies Pronunziament lautet:

Die Hoffnung und das Ziel der Deutschen Volkspartei, das Kabinett Brüning von allen parteipolitischen Rücksichten zu lösen und es zu einer zielbewußten überparteilichen Schwallerin der Lebensinteressen unseres Volkes zu machen, sind als gescheitert zu betrachten. Deshalb hat es nach unserem Dafürhalten auch keinen Zweck, mit einigen Korrekturen die Wiederherstellung des Kabinetts auf den alten Grundlagen zu versuchen. Das Kapital des Vertrauens, das sich im Laufe langem angesammelt hatte, ist rapide zerfallen und nicht wieder zu gewinnen. Wir möchten deshalb, ohne den Parteiinstanzen vorgreifen zu wollen, der Überzeugung Ausdruck geben, daß eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an einer Umbildung dieser Regierung nicht in Frage kommen wird. Die Zeit dafür ist verstrichen und durch Halbheiten nutzlos veran. Wie die Dinge heute liegen, bei den Gefahren, die uns der kommende Winter bringt, können nur noch ganze Lösungen unter entschlossener Führung zu einem guten Ziele führen.

Aus dem Gefühl der Verantwortung heraus müssen wir daher die Forderung stellen, daß eine neue Regierung, die unbelastet ist durch die letzten Vorgänge, das Schicksal des Reiches in die Hand nimmt. Nur einem solchen Kabinett, das sich freihält von sozialistischen Einflüssen, wie immer sie geartet sein mögen, das, auf verfassungsmäßigem Boden stehend, Ruhe und Ordnung sichert, den Kampf gegen Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit aufnimmt, wird die Deutsche Volkspartei ihre Stütze bieten können.

Wir sind weiter der Überzeugung, daß die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik von jeder deutschen Regierung, wie sie auch zusammengesetzt sein möge, eingehalten werden müssen. Es besteht also keine Veranlassung, die Bildung einer neuen Regierung mit außenpolitischen Gründen abzulehnen. Wir möchten im Gegenteil der Auffassung sein, daß die kommenden Verhandlungen mit den anderen Mächten von einer starken Reichsregierung geführt werden müssen, nicht aber von einem Kabinett, dessen Bestand von jedem parlamentarischen Zufall abhängig ist. Der Kampf um die Neuordnung der außenpolitischen Befugnisse, der das innerpolitische Leben Deutschlands erschüttert, wird am besten dadurch entgültet werden, daß auch die Kreise der sogenannten nationalen Opposition an der Regierung beteiligt werden und die Verantwortung mit zu übernehmen haben.

Die Volkspartei führt den Stoß gegen Brüning, um die Bahn frei zu machen für die soziale Reaktion. Hinter den hochtrabenden Redensarten dieser Kundgebung, deren

Rhythmus ausgezeichnet mit dem des Namens ihres Führers Dingeldey zusammenstimmt, stehen zwei sehr ernsthafte Dinge: sie will eine Regierung unter Einschluß der Nationalsozialisten, und sie will sie, um einen entschiedenen Scharfmacherkurs durchzuführen.

Diesem Stoß gegen Brüning sind Verhandlungen mit der sogenannten „nationalen Opposition“ und vor allem Verhandlungen mit den rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen vorangegangen. Es ist nicht nur die Schwerindustrie, die eine energische Schwertung des Kurles nach rechts herbeiführen will! Die prominenten Scharfmacher haben Zugang erhalten aus Bank- und Industriekreisen, die gegen die Bankkontrolle und die Aktienrechtsreform ausbegehren, von der sie eine Erschütterung ihrer Macht fürchten.

Diese Kreise werden am Sonntag zusammen mit der sogenannten „nationalen“ Opposition in Harzburg tagen. Zu den Hugenberg, Hitler, Seldie, Winkler, Kalkreuth werden sich die Herren Kastl, Springorum, Gilja und Böglar gesellen. Dort soll eine Einheitsfront gebildet werden, die über Brüning hinweg die deutsche Arbeiterschaft treffen will. Ihr Programm ist die Ferschlagung der deutschen Sozialpolitik nach den Plänen Hugenbergs, der Angriff auf die staatlichen Sicherungen der Arbeiterexistenz, auf die Arbeitslosenversicherung wie auf das Tarifrecht. Und nicht nur das: der Angriff zielt auf die politische Stellung der Arbeiterschaft, auf ihre politische Gleichberechtigung, auf alles, was sie politisch in Jahrzehnten erkämpft hat.

Das ist die „ganze Lösung“, die die Volkspartei im Bunde mit der Reaktion fordert! Diese Lösung ist das Gegenteil von der Lösung, die die Arbeiterschaft erstrebt. Dem Pronunziament der Volkspartei vom Mittwoch ist ein politisches Diner im Hotel Kaiserhof vorangegangen, bei dem im Beisein der Führer der Scharfmacher die Worte geprägt wurden:

„Es handelt sich um einen Kampf mit klaren Fronten zwischen der nationalen Opposition auf der einen und den vereinigten Gewerkschaften auf der anderen Seite.“

Nationale Opposition und soziale Reaktion sind eins, sind zwei verschiedene Namen für die-

selbe Sache! Dies Wort vom Kaiserhof ist Kampfanzeige an die gesamte Arbeiterschaft, es ist zugleich ein Geständnis, daß die Flagge der nationalen Opposition die gegen die Arbeiter gerichteten sozialreaktionären Tendenzen deckt, es ist die Parole, die nach dem Willen der Scharfmacher die Tagung der vereinigten Reaktion in Harzburg beherrschen soll. Dort wird das Bündnis zwischen dem Nationalsozialismus und den Böglar, Springorum, Gilja und Kastl öffentlich ausgezeigt werden! Die Partei des Herrn Hitler, die sich immer noch „Arbeiterpartei“ nennt, wird Seite an Seite mit den Scharfmachern aufmarschieren, um für ein Kabinett Hugenberg zu wirken, das sich, wie die Volkspartei verkündet, freihält von sozialistischen Einflüssen, wie immer sie geartet sein mögen.“ Das ist das Todesurteil für den „Sozialismus“ der Nationalsozialisten.

Diese Front will die Chance nützen, die ihr Brüning mit der Gesamtdemission seines Kabinetts gegeben hat — die er ihr geben mußte unter dem organisierten Druck, den diese Front auf den Reichspräsidenten ausgeübt hat. Diese Front will einem Kabinett Hugenberg in den Sattel helfen, damit es gegen die deutsche Arbeiterschaft, gegen ihr Recht und ihre Freiheit anreize! Sie will die Krise benutzen zur Niederwerfung der Arbeiterschaft — selbst um den Preis, daß die Krise verlängert und vertieft wird, um den Preis, daß die Versuche zu einer internationalen Krisenbekämpfung ins Stocken geraten. Denn die Verkündung der Volkspartei, daß die Nationalsozialisten die besten Garanten für die Fortsetzung der Stresemannschen Politik seien, wird überall nur ein Hohlnachschall hervorrufen.

Die Dinge sind im Ruifchen. Herr Brüning will den Feind, der ihn im Rücken angreift, im Reichstag zum Kampf stellen. Die Dinge stehen für ihn so, daß er nur noch die Wahl hat, kampfslos einer Regierung Hugenberg das Feld zu räumen oder sich zum Kampfe zu stellen.

Entscheidende Kämpfe nahen heran! Nie war die Geschlossenheit der Arbeiterschaft notwendiger als jetzt! Der Angriff gilt der gesamten Arbeiterschaft — ein Bloß aller freideutlich und sozial gesinnten Werttätigen, der entschlossen ist, dem Bloß der brutalsten politischen und sozialen Reaktion das Feld nicht kampfslos zu räumen, ist das Gebot der Stunde.

Unterhaus aufgelöst.

Macdonalds Wahlmanifest.

London, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

Das historische Ereignis der Auflösung des Unterhauses verlief ohne jeden äußeren Prunk. Das Parlamentsgebäude war schwach besetzt, nur einige hundert Mitglieder wohnten der Verlesung des Auflösungsbeschlusses und der Verlesung der Botschaft des Königs bei. Die Mehrzahl der Abgeordneten ist bereits mit der Vorbereitung der Wahlen beschäftigt. Macdonald wird in Seaham, vielleicht aber auch in London kandidieren.

Das Wahlmanifest des Ministerpräsidenten wurde am Mittwochabend veröffentlicht. Es fordert für die Regierung freie Hand. In der augenblicklichen Notlage müsse die Regierung frei sein, jedes politische Mittel, das sie als notwendig erkannt habe, anzuwenden: Zölle, Exportförderung, wirtschaftliche Verträge mit den Kolonien und eine Geldpolitik, die das Vertrauen zu befestigen geeignet sei. Auf internationaler Ebene sollen einige Probleme in Angriff genommen werden, die zu den wirksamsten Ursachen der Wirtschaftsnot gehören, nämlich die Reparationen und die Kriegsschulden. Um die nötige Freiheit zu haben, sei nationale Einigkeit aller Parteien notwendig, aber niemand könne sich im voraus auf gewisse Maßnahmen festlegen.

Bei der Bildung der sogenannten „nationalen“ Regierung wurde von vornherein versichert, daß es sich nur um eine zeitlich begrenzte Notgemeinschaft handle, gebildet zu dem einzigen Zweck, die Finanzkrise zu beheben und die nach Erfüllung dieser einen Aufgabe an die Wähler appellieren würde.

Die Regierung Macdonald-Baldwin-Samuel hat diese Aufgabe bisher nicht gelöst. Im Gegenteil: zu der Budgetkrise ist seit ihrem Amtsantritt noch die Währungs- und Wirtschaftskrise hinzugekommen. Witten in diesen schwersten wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen einen Wahlkampf zu veranstalten, ist ein geradezu absonderlicher Gedanke. Nicht nur die Arbeiterpartei hat davor eindringlich gewarnt, sondern auch die Liberalen haben sich lange dagegen gesträubt, ebenso haben Macdonald und, wie es heißt, sogar der König davor gewarnt. Allein die Konservativen, die in der neuen Regierung zahlenmäßig und politisch über ein erdrückendes Übergewicht verfügen, haben darauf bestanden, daß sobald wie möglich gewählt werde. Sie hoffen nämlich, daß sie die einzigen Nutznießer der allgemeinen Verwirrung sein werden, die der Bruch zwischen Macdonald und der Arbeiterpartei auf der einen Seite und die Spaltung der Liberalen auf der anderen Seite erzeugt hat.

Macdonald hatte bei der Bildung seiner Koalitionsregierung versichert, daß alle Beteiligten ihre Selbständigkeit wahren würden. Es ist aber ganz anders gekommen. Dem Namen nach ist er der „Führer“ der neuen Regierung, und als solcher tritt er in dem Wahlkampf an der Spitze der Koalitionsregierung auf. In Wirklichkeit wurde er in steigendem Maße der Gefangene der Konservativen. In den sechs Wochen seiner bisherigen Tätigkeit an der Spitze der Koalitionsregierung hat sich die Kluft zwischen ihm und seiner früheren Partei mit jedem Tag weiter vertieft. Jetzt hat er sich von den Konservativen glücklich soweit monardieren lassen,

daß er an der Spitze einer Wahlkoalition steht, deren Ziel nur sein kann, die Arbeiterpartei vernichtend zu schlagen. Was nützen gegenüber dieser einfachen Tatsache alle Beteuerungen, daß er nach wie vor „Sozialist“ sei?

Vielerei Gründe sprechen indessen dafür, daß die Rechnung der Konservativen durchkreuzt werden wird. Allmählich hat sich das englische Volk daran gewöhnt, in der neuen Regierung eine vorwiegend konservative Angelegenheit zu erblicken. Das entspricht auch dem wahren Laibstand. Die öffentliche Meinung wird infolgedessen die Konservativen für die bisherigen Leistungen der Regierung verantwortlich machen. Diese Leistungen sind aber alles eher denn glänzend. Das Gleichgewicht im Etat ist nur durch eine höchst ungerechte Verteilung neuer Lasten wieder hergestellt worden. Der Matrosenstreik hat die Regierung gezwungen, einen Teil ihrer Maßnahmen wieder aufzuheben. Es folgten dann die Lehrer und verschiedene andere Beamtenkategorien, denen man logischerweise gleichfalls entgegenkommen mußte. Nur gegen die Arbeitslosen ist man hart geblieben.

Die Aufhebung des Goldstandards ist zunächst allgemein begrüßt worden, weil man daraus eine starke Belebung der Wirtschaft und eine weitgehende Verminderung der Arbeitslosenzahl erhoffte. Aber dieser Jubel war sehr kurzfristig. Mit jedem neuen Tag werden die breiten Massen erkennen müssen, daß sie dabei geprellt worden sind: die unvermeidliche Angleichung der Lebensmittelpreise an die Weltmarktpreise beginnt sich schon jetzt fühlbar zu machen und bis zum Wahltag am 27. Oktober wird das Volk vor der unbestreitbaren Tatsache stehen, daß seit dem Amtsantritt der „nationalen Regierung“ es in seiner Lebenshaltung und Kaufkraft doppelt getroffen wurde: einmal durch direkte Einkommens Kürzungen, und zweitens durch die Teuerung als Folge der Entwertung des Pfundes. Wenn es nun nach dem Willen der Konservativen ginge, sollte der Lebensstandard der breiten Massen noch durch eine dritte Maßnahme weiter herabgesetzt werden, nämlich durch die Einführung des Schutzzollens.

Diese letztere Frage wird im Brennpunkt des Wahlkampfes stehen. Die Formel, auf die sich die Regierungsparteien geeinigt haben, ist zwar recht unbestimmt, doch bedeutet sie immerhin die grundsätzliche Anerkennung der Notwendigkeit von Zolltarifen. Hier wird der Gegenangriff der Arbeiterpartei mit um so größerer Energie einsetzen, als ein großer Teil der liberalen Wählerschaft darüber empört ist, daß ihre Parlamentsfraktion die freihändlerischen Grundsätze des Liberalismus preisgegeben hat. Macdonalds Versuch, in letzter Stunde durch einen persönlichen Besuch beim schwerkranken Lloyd George dessen Zustimmung zu der Regierungsformel über künftige Schutzollmöglichkeiten zu erlangen, ist völlig gescheitert. Lloyd George klagt seine bisherigen Freunde des Verrates an und will mit einer kleinen Schar von letzten Getreuen selbständig den Wahlkampf führen. Da er über den immer noch sehr reichen Wahlfonds der Partei allein verfügt, dürfte er noch nicht völlig ausgespielt haben. Aber die Arbeiterpartei rechnet damit, daß sie einen beträchtlichen Teil der bisherigen liberalen Wählerschaft im Kampfe gegen den Protektionismus an sich reißen wird.

Dennoch darf man sich nicht verhehlen, daß bei dem geltenden veralteten und ungerechten englischen Wahlsystem, bei dem die relative Mehrheit in einem einzigen Wahlgang entscheidet, viele Laboursmandate ergötzt sind, wenn die grundsätzlichen beschlossene Koalition der gegenwärtigen Regierungsparteien richtig funktioniert. Wenn! Denn nach den neuesten Nachrichten sieht es eher danach aus, als ob der Kampf zwischen den Konservativen und ihren bisherigen liberalen Koalitionspartnern trotz aller Abmachungen zwischen den Ministern so ziemlich überall entbrennen wird. Der rechte Flügel der Konservativen, insbesondere der Zeitungsmagnat Lord Beaverbrook, verlangt von den liberalen Kandidaten eine bindende Verpflichtung auf Hochschutzzoll. Schon wird sogar gemeißelt, daß die Konservativen einen Gegenkandidaten gegen den liberalen Innenminister Sir Herbert Samuel aufstellen wollen, weil er ihnen auf diesem Gebiete keine genügenden Zusicherungen geben wollte! Zerfällt die Regierungskoalition mitten im Wahlkampf, dann dürften zwar die in zwei oder drei Lager gespaltenen Liberalen gänzlich aufgegeben werden, aber die Aussichten der Arbeiterpartei, sich erfolgreich gegen den konservativen Ansturm zu behaupten, würden um so größer sein.

Erste Wahlrede Hendersons.

London, 7. Oktober.

Unter dem Vorsitz ihres Führers Henderson eröffnete auch die Sozialistische Partei die Wahlkampagne mit einer Rundgebung in Scarborough. Henderson erklärte, falls Deutschland zusammenbräche, würde auch ganz Europa in das Unglück hineingezogen werden. Die Welt würde sich möglicherweise in den kommenden Wochen einer plötzlichen internationalen Bankenkrise gegenübersehen. Die Arbeiterpartei gehe mit einem klar umrissenen Programm in den Wahlkampf im Gegensatz zur Nationalregierung, die ihren Wählern gegenüber ihre Pläne geheimhalte.

Sozialistische Agrarpolitik.

London, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

Auf dem Kongress der Labour Party in Scarborough wurde am Mittwoch vor allem die landwirtschaftliche Politik der Partei erörtert. Sie ist im Augenblick angesichts der Wohl besonders aktuell. Es wurden Entschlüsse angenommen, die für den Übergang des Grund und Bodens in die öffentliche Hand, für genossenschaftliche Verkaufsmethoden, für die Regelung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte durch eine besondere Behörde, für die Stabilisierung der Preise und für die Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf landwirtschaftliche Arbeiter eintreten.

Zusammenstöße in Manchester.

Manchester, 7. Oktober.

Im Verlauf einer Arbeitslosenkundgebung kam es zu Zusammenstößen mit veritablen Polizeikräften, die vom Pferde steigen mußten, weil Steine gegen sie geschleudert wurden. Die Polizei machte vom Gummiknüppel Gebrauch und ging auch mit Dampftrifflern gegen die Demonstranten vor. Mehrere von diesen wurden leicht verwundet, einige der Verletzten sind von der Polizei in Gewahrsam genommen worden.

Die deutsch-sowjetische Schlichtungskommission hat während ihrer diesjährigen zweiten ordentlichen Tagung verschiedene strittige Fragen aus den deutsch-sowjetischen Verträgen sowie einzelne besondere Streitfälle behandelt. Das Verhandlungsergebnis wurde in einem Bericht niedergelegt.

Erfüllte Forderungen.

Verbesserung der Juni-Notverordnung. — Die schlimmsten Härten beseitigt.

Bei den Verhandlungen der Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Reichskanzler Dr. Brüning war zugeklagt worden, daß in der neuen Notverordnung eine Reihe von Härten der Notverordnung vom 5. Juni 1931 gemildert werden sollten. Dieses Zugeständnis ist in der jetzt veröffentlichten Notverordnung verwirklicht worden. Im einzelnen handelt es sich um folgende Milderungen:

1. Gemeindearbeiterlöhne und Tarifrecht.

Nachdem bereits in dem Lohnkonflikt der Gemeindearbeiter eine tragbare Lösung herbeigeführt werden konnte, ist jetzt eine Neuordnung dahin getroffen worden, daß die Kürzung der Arbeiterlöhne, die nach der alten Notverordnung 5 bis 7 Prozent betrug, sich künftig auf 4½ Prozent bemessen wird. Das Tarifrecht für die in öffentlichen Betrieben tätigen Arbeitnehmer ist wieder hergestellt. Allerdings enthält die neue Notverordnung Bestimmungen, deren Wirkung noch unklar ist und die möglicherweise eine Ausdehnung der Kürzungsbestimmungen auf Arbeiter in öffentlichen Betrieben bedeutet, die bisher nicht von der Kürzung erfaßt worden sind.

2. Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge.

Die Arbeitslosenversicherung ist in folgenden Punkten geändert worden:

a) Jugendliche unter 21 Jahren werden nicht von dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen, sondern erhalten nach einer der Krisenfürsorge entsprechenden Bedürftigkeitsprüfung Unterstützung nach den Sätzen der Arbeitslosenversicherung. Diese Abänderung ist bereits im Juli im Verwaltungswege in Kraft getreten. Sie ist nunmehr als Dauerregelung anerkannt worden.

b) Die Berechnungsdauer für das Arbeitsentgelt, das der Unterstützungshöhe zugrunde gelegt wird, ist jetzt wieder von 13 auf 26 Wochen verlängert worden.

c) Nach der Juni-Notverordnung durfte bei Kurzarbeitern der Unterstützungsberechnung nur ein Arbeitsentgelt für höchstens 40 Arbeitsstunden zugrunde gelegt werden. Diese Beschränkung wird aufgehoben und die Unterstützung wieder von der 48-Stunden-Woche berechnet.

d) Für die Saisonarbeiter, die bisher nur noch Anspruch auf die Höhe der Krisenfürsorge hatten, gelten künftig die Sätze der Krisenfürsorge nur für die Dauer der berufsmäßigen Arbeitslosigkeit, also bis zum Frühjahr. In der übrigen Zeit des Jahres haben die Saisonarbeiter Anspruch auf die vollen Unterstützungssätze der Versicherung.

e) Die Heimarbeiter behalten im Winter ihre Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung.

f) Die Rückerstattungspflicht der Unterstützung in der Krisenfürsorge ist wieder aufgehoben worden.

g) Die Bestimmung, wonach das Arbeitsamt einen Teil der Unterstützung als Miete direkt an den Hauswirt auszahlen kann, ist gleichfalls aufgehoben worden.

h) Die verschärften Vorschriften über die Sperrstrafen, nach denen der Vorsitzende des Arbeitsamts nach eigenem Ermessen die Unterstützung entziehen kann, wurden gemildert.

3. Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Auch für die Kriegsbeschädigten sind einige Milderungen aufgenommen worden.

a) Die Grenze des Einkommens aus öffentlichen Mitteln, bei der eine Kürzung der Rente erfolgt, war durch die Notverordnung vom Juni von 350 auf 210 Mark herabgesetzt worden. Jetzt ist entsprechend der Forderung der Sozialdemokratie die schematische Form durch eine Regelung ersetzt worden, bei der Familienstand und Schwere der Beschädigung durch entsprechende Freigrenzen berücksichtigt werden.

b) Die Anrechnung der Rente von Kriegsbeschädigten auf Arbeitslosenunterstützung wurde durch die Juni-Notverordnung bei allen Beträgen über 15 Mark monatlich angeordnet. Dieser Betrag ist auf 25 Mark erhöht worden.

So erfreulich es ist, daß durch die Arbeit der Sozialdemokratie einige Milderungen der schlimmsten Härten der Juni-Notverordnung erreicht werden konnten, so darf man darüber doch nicht übersehen, daß damit das schwere Los von Millionen von Volksgenossen nur zu einem kleinen Teil erleichtert worden ist!

Brotpreiserhöhung in Berlin.

Die Berliner Bäcker erhöhen den Brotpreis auf 50 Pfennig.

Der Zweckerband der Bäckermeister Groß-Berlins hat beschlossen, den Preis für ein 1250-Gramm-Brot von 48 auf 50 Pfennig mit Wirkung ab Donnerstag, den 8. Oktober, zu erhöhen.

Dieser Beschluß zeigt mit aller Deutlichkeit, daß auch die schlimmste Notlage der breiten Massen die Interessenten nicht davon abhält, mit unersprohener Brutalität ihren Vorteil zu suchen. Gewiß sind in den letzten Wochen die Roggen- und die Weizenpreise gestiegen. Aber die Roggenpreise sind seit zwei Tagen, die Weizenpreise gestern wieder gefallen. Auch bei den höchsten Weizenpreisen der letzten Tage ist den Bäckern bei einem Brotpreis von 48 Pfennig eine Brotverdienstsparne von 16 Pfennig je Kilogramm geblieben. Das ist den Berliner Bäckern nicht genug, obwohl ihre Kollegen in Leipzig eine Verdienstsparne von nur 12 Pfennig haben, obwohl sie selbst im Winter nur eine Verdienstsparne von 15 Pfennig hatten.

Jetzt da die allgemeine Not infolge des Abbaues von Löhnen, Gehältern und Unterstützungssätzen außerordentlich gestiegen ist, jetzt genügt den Herren Bäckermeistern nicht die Preisparne von 15 Pf., die sie im Winter hatten, jetzt genügt auch nicht die von 16 Pf., die sie im Durchschnitt des letzten Jahres hatten, jetzt müssen sie 17½ Pf. je Kilogramm haben.

Für das Vorgehen der Berliner Bäcker gibt es nicht die geringste Entschuldigung. Da Brot das lebenswichtigste Nahrungsmittel ist, sind die Umsätze so gut wie gar nicht zurückgegangen.

Das wichtigste Nahrungsmittel den breiten Massen zu verteuern, ist Buherei. Was man danach von dem Beschluß der Bäcker, das Brot an Erwerbslose um 4 Pf. billiger abzugeben, zu halten hat, ist klar — es ist nichts als eine Geste; die Kosten der sogenannten Wohltätigkeit wälzt man auf die übrigen Verbraucher ab.

Die Regierung aber hat jetzt zu handeln. Das Outzureden während der Verhandlungen des Reichsernährungsministeriums mit den Bäckern hat nichts genutzt. Ob man polizeiliche Maßnahmen plant, wenn gesagt wird, daß die Bäcker selbst die Konsequenzen ihres Handelns zu tragen haben, ist unbekannt. Jedenfalls steht fest: dieser Beschluß muß rückgängig gemacht werden! Das arbeitende Volk kann sich diesen Buherei nicht gefallen lassen.

Wenn aber die Bäcker nicht zur Rücknahme ihres Beschlusses zu bewegen sind, dann hat die Regierung endlich auf dem Roggen- und Weizenmarkt einzugreifen, d. h. durch eine Vermehrung des Angebots oder durch Herabsetzung der Zölle die Preise zu senken.

Die Bestimmungen der Zollgesetze vom 28. März 1931 sind veraltet, da der Brotpreis den vorgesehene Durchschnittspreis schon vor dieser neuen Preiserhöhung überschritten hatte. Wann endlich wird die Regierung ihre Pflicht tun? Die Gesetzesverletzung ist so flagrant, daß die Frage aufzuwerfen ist, ob staatsrechtlich die Zollermächtigung an die Regierung noch besteht.

Die Spalter haben kein Glück.

Reichstagsabgeordneter Bergmann bleibt bei der Partei.

Hamburg, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Bergmann hat dem Vorstand der hamburgischen Landesorganisation der SPD. mitgeteilt, daß er sich den Spaltern nicht anschließen werde, sondern in der Sozialdemokratie verbleibe. Die feinerzelt von ihm unterzeichnete Erklärung in dem Organ der Oppositionellen habe er lediglich als einen Protest angesehen. Nur in diesem Sinne habe er ihr zugestimmt. Leider sei in der Erklärung ohne seine Kenntnis eine Aenderung vorgenommen worden. Bergmann stellt deshalb ausdrücklich fest:

„1. Ich habe keine Beziehungen zu den Trägern von Sonderorganisationen. Den Schritt der Gruppe Sendewitz-Rosenfeld billige ich keineswegs, sondern bedaure ihn. 2. Mitarbeiter der „Bader“ war und bin ich nicht gewesen. Dasselbe trifft auch auf die „Roten Bücher“ zu. Die Werbung für die „Marxistische Büchergemeinde“ habe ich bereits aufgegeben und werde sie nicht wieder aufnehmen.“

Eine Lektion für Siemsen.

Jena, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

Unter der Spalter der sozialdemokratischen Bewegung, der Reichstagsabgeordnete Siemsen, Jena, hat in seinem bisherigen Wirkungsgebiet eine katastrophale Niederlage erlitten. Die sozialistische Arbeiterjugend Jena hatte ihm vor einigen Tagen, als er noch formal Mitglied der Partei war, Gelegenheit gegeben, in einem Vortrag seine Meinung über den Ausschluß der Abgeordneten Sendewitz und Rosenfeld zu sagen. Nach Siemens Austrittserklärung nahm jetzt eine stark besuchte Funktionäerversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend Jena einstimmig eine Erklärung an, in der ausdrücklich auf Siemens Ausführungen hingewiesen und betont wird, daß die Funktionäerversammlung an der Einheit

der Bewegung festhält und die SPD. Jena ihre politische Meinung im Rahmen der SPD. weiter vertreten wird.

Die verantwortlichen Funktionäre haben also aus völlig eigenem Entschluß den Spaltern die ihnen gebührende Abfuhr zuteil werden lassen.

Kampf der KPD.!

Künstler spricht in Halle. — Uebertritt von Kommunisten.

Halle, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

In einer überfüllten Versammlung im Volkspark sprach Genosse Künstler über das Thema „Unser Kampf gegen Bolschewismus und Faschismus“. Am Schluß der Versammlung traten zwölf Ammendorfer Kommunisten zur Sozialdemokratischen Partei über. Im mitteldeutschen Ruff 1921 war Ammendorf ein Brennpunkt der Kämpfe. Wiederholt hat Rag Holz von Ammendorf aus seine Kolonnen gegen die benachbarten Ortshäfen vorgeschickt.

Gegen die Feinde der Republik.

Der Alarm als Wochenchrift.

Die Halbmonatschrift „Alarm“ erscheint vom 1. Oktober als Wochenchrift gegen die Feinde der Republik.

In einer Werbenummer, die die Umstellung zum Wochenblatt vorbereitet hat, nehmen das Wort: Otto Häring, Hellmut v. Gerlach, Paul Böbe, Georg Schmidt, Kurt Feinig, Robert Dehlschläger, Anton Erkelenz, Eugen Prager u. a.

Der „Alarm“ wird in der Druckerei des Spandauer Volksblattes hergestellt und ist durch die Post für 60 Pfennig monatlich zu beziehen. Im Berliner Straßenhandel kostet der „Alarm“ 10 Pfennig.

Verwunschener Winkel Petristraße 15

In der schmalen Petristraße stehen hohe, moderne Gebäude alten, kleinen und dürftigen Häusern gegenüber. Doch die ganz alten Hausteile aus vergangenen Jahrhunderten, die sieht man nur, wenn man auf die Höfe geht. Das interessanteste und auch schönste dieser Häuser steht auf dem Hof des Hauses Petristr. 15. Man ist überrascht. Durch den Hausflur geht man an einer schön gewundenen Treppe vorbei, deren vom Alter gedunkeltes Geländer den Entwurf eines Künstlers erkennen läßt. Durch das große Tor, oben mit Marienglas geschmückt, tritt man auf den Hof, dessen vier Seiten von laubenartigen Umgängen, Holzpfählern und altersschiefen Erkern gebildet werden. Überall hängt wilder Wein herab und das ganze ist eine Art verwunschener Winkel. Ursprünglich war das Haus ein Kloster. Dann gehörte es dem Kurfürsten



Friedrich Wilhelm und diente als eine Art Lusthaus. Auch heute noch ist der uralte Gebäudeteil bewohnt.

Schwache Reichshilfe.

Neue Notverordnung und Berlins Finanzen. — Gehalt wird gezahlt.

Finanzminister Dr. Dietrich hat gestern erklärt, daß das Reich auf Grund der neuesten Notverordnung für die Wohlfahrtspflege der Gemeinden 150 Millionen Mark bereitgestellt habe, die nach einem bestimmten Schlüssel verteilt werden sollen. Mit der auch vom Städtetag geforderten Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge hat sich der Finanzminister bekanntlich nicht einverstanden erklärt. Nach den Angaben des Ministers würde für Berlin die Reichshilfe 25 Millionen Mark ausmachen.

Bei der getroffenen Regelung muß man jedoch beachten, daß in den 150 Millionen, von denen der Minister sprach, bereits die 60 Millionen Mark enthalten sind, die in der Juni-Notverordnung den Gemeinden zugesichert waren. Berlins Anteil an den 60 Millionen betrug 10 bis 11 Millionen Mark, so daß die neue Verordnung für die Reichshauptstadt als „Reichshilfe“ ganze 14 Millionen Mark vorsieht. Berlin hat ein zahlenmäßiges Defizit von 67 Millionen Mark, das durch die rigorosen Sparmaßnahmen bis auf 37 Millionen Mark herabgedrückt werden soll. Preußen hatte sich bereit erklärt, die im Staatshaushalt durch den Abbau der Gehälter gemachten Ersparnisse den vor dem Zusammenbruch

stehenden Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Das hätte für Berlin auch rund 10 Millionen Mark ausgemacht. Der Staat wird jedoch die geplante Hilfsaktion nicht durchführen können, weil er jetzt selbst jeden Pfennig zur Behebung seiner eigenen Finanznot braucht.

Ähnlich wie in Berlin liegen die Dinge in den anderen Gemeinden. Die Hilfe des Reiches für die deutschen Kommunen ist also mehr als kümmerlich und reicht bei weitem nicht aus, um auch nur die dringendsten Ausgaben der nächsten Zeit sicherzustellen.

Berlin zahlt am 10. Oktober.

Entgegen nichtamtlichen Mitteilungen teilt uns das Städtische Nachrichtenamt auf Anfrage mit, daß die Stadt Berlin die zweite Hälfte der Gehälter wie bisher am 10. d. M. nach den Bestimmungen des Reiches zahlen wird.

Die Weltwirtschaftskrise in bildstatistischer Darstellung. Dr. Otto Neurath, Wien, der Direktor des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums, spricht im Planetarium am Zoo Sonntag, den 11. Oktober 1931, vormittags 11.30 Uhr, in einer Ratinee unter Verwendung neuartiger Lichtbilder über: Weltwirtschaft — Weltwirtschaftskrise. Einheitspreis 1 M.

Nazifrawall vor Arbeitsamt.

45 Hakenkreuzler von der Polizei festgenommen.

Vor dem Arbeitsamt in der Feurigstraße in Schöneberg marschierten gestern etwa 70 Hakenkreuzler in geschlossenen Marschkolonnen auf. Als aus einer Gruppe Kommunisten, die vor dem Arbeitsamt standen, auf die Nazis die Rufe „Arbeitermörder“ fielen, drohte es zu einer schweren Schlägerei zu kommen. Glücklicherweise war die Polizei in genügender Stärke sofort zur Stelle, so daß Tötlichkeiten verhütet wurden. 45 Hakenkreuzler wurden festgenommen und der politischen Polizei des Polizeipräsidentiums übergeben.

Wie wir bereits berichteten, hat die Staatsanwaltschaft III noch gegen drei Hakenkreuzler Anklage erhoben, die sich an den Kurfürstendammmarsch in hervorragender Weise beteiligt hatten. Es sind dies der Standartenführer Hell, sein Adjutant Hagemeister und der Sanitätsgruppenführer Samerski. Hell und Hagemeister werden beschuldigt, in einem Opelwagen während der Ausschreitungen der Nazihorden auf dem Kurfürstendamm umhergefahren zu sein und als Rädelsführer bei den Zusammenrottungen mitgewirkt zu haben. Samerski ist wegen eines einfachen Landfriedensbruches angeklagt.

Sprengkörper unter der Straßenbahn.

Ein Dummerjungenstreich.

An der Haltestelle der Straßenbahn in der Frankfurter Allee nächster Nähe der Samariterstraße explodierte gestern mittag unter einer Straßenbahn der Linie 89 ein Sprengkörper. Ein zehnjähriges Mädchen und eine Frau, die an der Haltestelle auf eine Bahn warteten, wurden durch Blechstücke, die von dem Explosionskörper stammten, verletzt. Man nimmt bisher an, daß es sich um einen Dummerjungenstreich handelt, bei dem sich die Täter der möglichen Tragweite ihrer Handlung gar nicht bewußt waren.

Die Polizei, die den Vorfall unter Leitung des Kriminalkommissars Vissigkeit untersucht, konnte bisher niemand ausfindig machen, der die Burschen bei dem Niederlegen des Explosionskörpers auf die Straßenbahngleise beobachtet hat. Die von dem Unfall betroffene Straßenbahn hatte noch nicht ganz die Haltestelle erreicht, als unter einem lauten Knall die Explosion erfolgte. Das Mädchen, eine zehnjährige Rosa Bicknia aus Treptow, stürzte vor Schreck zu Boden und erlitt eine erhebliche Verletzung an der Kniekehle. Das Kind mußte in das Vichtenberger Krankenhaus gebracht werden, wo außer der Knieverletzung noch eine Art Schnittverletzung festgestellt wurde, die offenbar von einem fortgeschleuderten Blechstück des Explosionskörpers herrührt. Die andere Verletzte ist eine Frau Martha Stahl aus der Vorhogener Straße 33. Sie zog sich eine leichte Fußverletzung zu und konnte nach Behandlung auf der nächsten Rettungsstelle in ihre Wohnung entlassen werden.

Pariser Stadträte besuchen Berlin.

Dem Oberbürgermeister Dr. Sahm ist von dem Präsidenten des Conseil Municipal von Paris Francois Latour die Mitteilung zu gegangen, daß er die Absicht habe, der Berliner Stadtverwaltung einen Besuch abzustatten. Präsident Latour wird von dem Vizepräsidenten des Conseil Municipal René Failliot und dem Sekretär René Weich begleitet werden. Für den Aufenthalt in Berlin sind der 19. und 20. Oktober in Aussicht genommen.

Absturz auf einem Neubau.

Auf einem Neubau in der Gartenfelder Straße in Haselhorst bei Spandau ereignete sich gestern ein schwerer Unglücksfall. Beim Ueberstiegen eines Laufstrettes stürzte der 37 Jahre alte Bauarbeiter Paul Dueh zu weit aus der Kolonie „Wänterwald“ bei Treptow aus beträchtlicher Höhe in die Tiefe. Mit schweren inneren Verletzungen wurde D. in das Bestenkrankenhaus gebracht.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN
VON Felix Scherret.

501

Nach und nach erfährt Wilma den Sachverhalt. Als Frau Rosolf mit dem Kaffee zurückkommt, findet sie ihre Töchter in konvulsischen Zuckungen.

„Ich sterbe vor Lachen“, stöhnt Wilma, und Lili verbeißt sich quiekend in einen Zipfel ihres Kissens.

„Das ist recht, Kinder... seid vergnügt“, stimmt Frau Rosolf zu. „Ich muß jetzt in den Laden gehen. Bilmachen, du kommst nachher noch ran!“

„Der Jüngling mit dem Schokoladenrevolver ist unbezahlbar!“ Wilma klatscht sich auf die Schenkel. „Schade, schade, daß der Schupo euch nicht mitnahm!“

Lili japsst. „Menich, die Blamage...! Ich bin sehr froh, daß der Grüne dazwischenkam. Im Suff hätten wir uns vielleicht totgeschossen. Wenn ich daran denke, bekomme ich nachträglich noch wahnsinnige Angst.“

„Also freu dich, daß du lebst, mein Fräulein! Ideen hast du... Und räum mal gelegentlich dein jungfräuliches Gemach auf. Der Staub liegt fingerdick auf dem Schränkchen.“ „Dann fühl ich mich erst wohl. Gieß mir noch Kaffee ein.“ Lili hält die Tasse auf die Knien.

„Ich würde niemals auf den Gedanken kommen, freiwillig zu sterben.“ Wilma schüttelt sich. „Wenn es mir noch so dreißig ginge! Das meiste Leben ist besser als der schönste Tod.“

„Eine tiefe Weisheit!“ spottet Lili. „Aber wem sagen sie das... Eigentlich bin ich doch nur durch Gert soweit heruntergekommen. Wenn ich ihn hier hätte, würde ich ihm eine Kugel in den Allerwertesten jagen. Dann bekäme er, was er wollte. Gott, ist mir heiß.“ Sie streckt ein Bein unter der Decke hervor.

„Immerhin“, sagt Wilma nachdenklich, „du mußt dich doch in letzter Zeit sehr gequält haben. Und ich mußte nichts davon. Was weiß man voneinander? Was weißt du von mir...?“

„Daß du ein nettes Mädel bist. Daß du das Leben fortwogen meißtest... mehr als ich...“ Lili zählt an den Fingern auf.

„Daß ich verliebt bin, weißt du nicht.“ Wilma möchte nicht weiterprechen. Sie will die Unterhaltung abbrechen. Wenn ich etwas davon erzähle, wenn ich es preisgebe, ist es aus.

„Ja, Wilma, weil du es gerade selbst sagst, liebst du Silvester? Ich hab immer geglaubt, du willst dich nur gut verheiraten. Entschuldige...“ Lili zweifelt an ihrer Menschenkenntnis.

„Silvester...!“ Es klingt verächtlich. Dann bricht es aus Wilma hervor: „Nicht Silvester... Manfred liebe ich! Den Sänger Manfred Grumacher.“ Und sie fühlt, daß es in diesem Augenblick nicht mehr wahr ist.

„Habt ihr...?“

„Nein, wir haben nicht!“ fällt Wilma der Schwester ins Wort. „Ich kenne ihn nicht. Ganz flüchtig habe ich ihn mal gesehen. Dieses Gesicht! Diese Stimme...! Vielleicht ist er ganz anders als ich ihn mir denke.“

„Bestimm!“ sagt Lili überzeugt.

„Ich schäme mich, davon zu sprechen...“ Wilma spricht leise. „Aber was haben wir sonst, wir Mädchen im Büro? Tächtig arbeiten sollen wir und hübsch aussehen und immer vergnügt sein. Es kann doch niemand ahnen, wie wir leben. Manchmal ist es nicht mehr zum Aushalten!“ Sie schluchzt auf. „Immer müssen wir uns wehren, und immer müssen wir etwas vortäuschen...!“ Dann weint sie fassungslos. Ueber ein Dasein, von dem täglich acht Stunden im Büro abaeßsen werden? Ueber eine Liebe, die endete, ohne erfüllt zu sein?

Lili ist bestürzt. Das ist Wilma? Sie sagt nichts. Ganz still sitzt sie da in ihrem Bett.

Und Wilma weint. Die schöne Wilma, die lähl und überlegen ihr Leben einrichtet, hat geschwollene Augenlider und eine gerötete Nase. Der Mund ist herabgezogen.

„Jetzt hast du ein fremdes Gesicht.“ Lili begreift nicht das Leid der Schwester. Nach den letzten Wochen der schlechten Laune und den Strapazen des gestrigen Abends erscheint ihr das Leben schön, wie es auch sei.

„Bin ich häßlich?“ Wilma kehrt zurück zur Alltäglichkeit. Trotz „Peach“ und Rouge zeigt die Wäste nicht die übliche Vollendung. Die kleine Nase schimmert blank und rot unter dem Puder hervor.

Lili hat sich zurückgelegt. „Ich kenne diesen Manfred von Bildern. So einen Mann müßten wir heiraten! Dann würden wir anders werden. Dann würde alles anders werden. Ich fühle mich gar nicht wohl.“ Sie rückt unter

die Decke und rollt sich zusammen. „Mein Schnupfen will nicht herauskommen“, murmelt sie unverständlich.

Noch einmal konzentriert sich Wilmas ganzes Denken und Fühlen auf Manfred. „So einen Mann müßten wir heiraten!“ Lili ist naiv! Aber ist es denn unmöglich? Nichts ist unmöglich. Warum sollte ich nicht an ihn schreiben? Oder zu ihm reisen? „Das wäre heller Wahnsinn!“ sagt sie laut und abschließend. Sie kann sogar schon ein bißchen lächeln über diese Episode, die acht Tage lang ihre Gedanken beherrschte.

„Wenn nämlich mein Schnupfen herauskommt, bin ich gesund“, äußert sich Lili weise. Sie verchränkt die Arme unter dem Kopf. „Hör mal zu, Wilma, aber schimpf nicht: ich habe dir ja nichts dreinzureden, und ich bin auch nicht dafür, anderen Leuten Ratsschläge zu geben, aber du bist doch meine Schwester...“ Sie schweigt.

„Na und...?“ Wilma macht sich zum Gehen fertig. Sie versucht jetzt mit mehr Erfolg ihrer Nase eine rosig-matte Tönung zu geben.

„Heirate nicht Silvester! Gib dich nicht auf! Er ist bestimmt nicht der Richtige!“ Lili spricht langsam und sucht nach den Worten. „Es lohnt sich auch nicht! Was ist er überhaupt? Ein Mann, der Geld verdient, nicht einmal phantastisch viel Geld. Wilma, tu's nicht!“

„Du bist verrückt“, sagt Wilma kurz und reicht der Schwester die Hand.

„Oder du!“ kann Lili noch liebevoll entgegnen. Dann muß sie niesen. „Gott sei Dank, endlich ist mein Schnupfen herausgekommen. Morgen kann ich aufstehen!“

„Gehen wir noch zu Johnny. Der Abend ist nun einmal angebrochen.“ Harry betritt als erster die Straße. Vor der Drehtür des Cafés bleibt er stehen und erwartet den Freund, der niemals mit dem Mechanismus technischer Erfindungen fertig wird. Als er Gert erblickt, der wieder heftig niesen muß, lacht er schallend. Gert wehrt ab, erstickt aber gezwungenermaßen den Ausdruck männlichen Protestes in seinem Taschentuch.

„Es ist heute schon das fünfte. Ich hätte dir niemals von meinem Vorfall erzählen sollen.“ Gert stehen vom riesen Tränen in den Augen. „Eine Roheit, daß du über unseren verunglückten Versuch lachen kannst.“

Sie biegen in die Straße zum Fluß ein. An der Ecke treffen sie Soldi Kern, die Stiefelpolizei, ein wirklich hübsches und frisches Mädchen, dem man nicht die Strapazen des Berufs ansieht.

(Fortsetzung folgt.)

Der Querulant.

Chemaliger Gewerkschaftsangehöriger vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantwortete sich gestern gegen öffentlicher Beleidigung der Hilfsarbeiter August Chmurek, früheres Mitglied des Einheitsverbandes Deutscher Eisenbahner. Beleidigt war das Vorstandsmitglied des Verbandes, der Reichstagsabgeordnete Scheffel.

Chmurek, ein bössartiger Querulant, ist bereits einmal wegen öffentlicher Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Scheffel zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden und ein anderes Mal zu 1 Monat wegen öffentlicher Beleidigung des jetzigen Polizeipräsidenten von Frankfurt a. M., Steinberg. Chmurek war früher Angestellter des Einheitsverbandes Deutscher Eisenbahner. Seit 1924 wurde er daselbst für ein Gehalt von 250 Mark monatlich als Hilfsarbeiter beschäftigt. Chmurek rief ein Schiedsgericht an, der Verband bekam aber Recht. Chmurek flüchtete darauf in die Dossentlichkeit, und zwar bediente er sich des „Deutschen Vorwärts“. Die Folge war der Ausschluss aus der Organisation. Als er bald darauf öffentlich Scheffel einen Vagabunden und Strolch nannte, wurde er aufgefordert, die Wohnung des Verbandshauses zu räumen. Er weigerte sich, die Räumungsklage wurde zugunsten des Verbandshauses entschieden. Jetzt begannen die Beleidigungsbriefe des Angeklagten. Er verachtete Rundschreiben an verschiedene Personen und Organisationen und beschimpfte in der unflätigsten Weise den Reichstagsabgeordneten Scheffel. Ähnlich ging er gegen den jetzigen Polizeipräsidenten von Frankfurt a. M., Steinberg, vor. Er wurde auch auf seinen Geisteszustand untersucht, jedoch für zurechnungsfähig befunden. Die verhöfsten Strohen hatten ihn aber von seinem querulanten Verhalten nicht geheilt. Er fuhr fort, beleidigende Briefe und Postkarten zu schreiben.

In der gestrigen Verhandlung trug der Angeklagte stundenlang derart wirres Zeug vor, daß das Gericht nach kurzer Beratung beschloß, ihn durch Sanitätsrat Dr. Leppmann auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Sowjetrussische Hundegeschichten.

Die Moskauer Lügenprawda hält ihre Leser zum Besten.

Die Moskauer Lügen-„Prawda“, zu deutsch „Wahrheit“ kennt ihre Pappenhelmer; sie weiß, was sie ihren Lesern zumuten darf. Und so tißt sie ihnen Märchen auf, eines dümmere als das andere. Um den Sowjetbürger zu trösten, dem es an den notwendigen Gebrauchsgegenständen und Lebensmitteln fehlt, ist sie krampfhaft bemüht, die Lebensverhältnisse des deutschen Arbeiters, dessen Lebensstandard noch immer unvergleichlich höher ist als derjenige des russischen Arbeiters, in den möglichst düsteren Farben zu schildern.

Ihre letzte Leistung in dieser Richtung übersteigt aber alles bisher Dagewesene. In Nr. 274 vom 4. d. M. bringt sie in großen Buchstaben den deutschen Text eines Aushängeschildes an einem Berliner Fleischladen. Es heißt da: „Empfehle Freitag und Sonnabend prima Hundefleisch. Karl Hermann, Rohfleischhermeister, Mühlentstraße 37. Das Pfat ist geschmückt mit dem Bild eines Dackels, dessen Schwanz freudig wedelt. Es ist klar: Ein Rohfleischhermeister empfiehlt für Hundebesitzer am Freitag und Sonnabend frischgeschlachtetes Hundefleisch. Was schreibt aber die famose Lügen-„Prawda“? „In den Arbeiterparteiellen Bezirken“ — es folgt der oben erwähnte Text — und dann heißt es weiter: „Ein Schild über einem Laden, der mit Hundefleisch handelt. Auf dem Schilde steht zu lesen: Am Freitag und Sonntag wird erstklassiges Hundefleisch verkauft“ (gemeint ist wohl Sonnabend). Mit anderen Worten: dem russischen Leser soll glaubhaft gemacht werden, daß dem deutschen Arbeiter Hundefleisch als Nahrung angeboten wird.

Die Geschäfte des Majors Schmidt

Zivilprozesse gegen das Reichwehrministerium — Die „vorsichtige“ Danatbank

Die ungeklärten Geschäfte des Majors a. D. Schmidt bilden den Gegenstand einer Reihe von Zivilklagen gegen das Reichwehrministerium, die in diesen Tagen vor der 26. Zivilkammer verhandelt werden.

Sämtliche Klagen stehen im Zusammenhang mit den Auftragserteilungen und Bürgschaftsleistungen, die Major a. D. Schmidt angeblich im Auftrag des Reichwehrministeriums als ehemaliger Leiter der Druckereiverwaltung des Heereswaffenamtes erteilt hatte. Major a. D. Kurt Schmidt ist am 16. April verhaftet worden, und es ist gegen ihn auf Antrag der Staatsanwaltschaft beim Landgericht III Voruntersuchung wegen Meineides, Betruges und Untreue eröffnet worden, die noch schwebt. Die erste Klage der Graphischen Werkstätte G. Paul Stein gegen das Reichwehrministerium in Höhe von 400 000 Mark hat schon in mehreren Terminen die 26. Zivilkammer beschäftigt. Die Firma hatte im Juli 1930 von Major Schmidt den Auftrag zur Herstellung eines mehrbändigen Wertes des Generalleutnants a. D. Luther erhalten. Dieses Wert gehört zu einer Serie von Veröffentlichungen über die Entwicklung der Artillerie, Flugzeug, Flugabwehr- und U-Bootwesens. Die Herausgabe erfolgte seitens der Rheinischen Metallwerke K.-G. in Düsseldorf.

Die Graphischen Werkstätten nahmen den Kredit der Danat-Bank in Anspruch, und Major a. D. Schmidt leistete im Namen des Reichwehrministers selbstschuldnerische Bürgschaft.

Bei einer späteren Anfrage der Firma an den Chef des Stabes im Heereswaffenamt, Major Thomas, wurde von diesem erklärt, daß

Major Schmidt bei der Erteilung des Auftrages und der Übernahme der Bürgschaft seine Kompetenzen überschritten habe. Das Reichwehrministerium weigerte sich, die erteilten Aufträge anzuerkennen, da es von ihnen nichts gemußt habe. In dem gestrigen Termin wandte die klagende Firma ein, daß Major Schmidt ohne Befugnisse den Auftrag gar nicht hätte erteilen können, weil er sonst nicht in den Besitz der Akten, die sich im Geheimarchiv des Reichwehrministeriums befanden, gekommen wäre. Das Reichwehrministerium dagegen machte den Einwand, daß eine kaufmännische Firma Zweifel haben mußte, ob ein so kleiner Zweig der Heeresverwaltung in der Lage sein könne, selbständig derartig hohe Aufträge zu erteilen. Das Gericht beschloß, Beweis darüber zu erheben, und zwar durch Vernehmung des Majors a. D. Schmidt, ob er von dem Leiter des Heereswaffenamtes in dem Falle der Graphischen Werkstätten die bestimmte Weisung erhalten habe, den Auftrag zu erteilen.

Im Zusammenhang mit diesem Auftrag stand eine weitere Klage, die gestern vor der 26. Zivilkammer verhandelt wurde. Die Danat-Bank klagte gegen das Reichwehrministerium auf Zahlung von 60 000 Mark, welche Summe sie an die Graphischen Werkstätten auf Grund des eingetragenen Bürgschaftserklärungen des Majors a. D. Schmidt eingeräumten Kredites gezahlt hatte. Sie machte das Reichwehrministerium für diese Summe haftbar. Zum Beweise überreichte sie dem Gericht Briefe, die den Kopf des Reichwehrministeriums trugen und in denen die Bürgschaftserklärung bestätigt wurde. Die Briefe tragen die Unterschrift „Major a. D. Schmidt“.

Unter großer Heftigkeit verfierte der Vertreter der Klägerin, daß die Danat-Bank äußerst vorsichtig in der Krediterteilung sei und die Unterlagen sehr genau prüfe, ehe sie Kredite einräume.

Außerdem hatten auch noch Klagen gegen das Reichwehrministerium vor der 26. Zivilkammer die Firmen Ernst Gomanu K.-G., Industrie-Grundstücksbetriebsgesellschaft in Höhe von 12 000 M. und die Papiergroßhandlung Saling u. Leppmann in Höhe von 65 000 M. angehängt. Auch hier handelt es sich um Aufträge, die diese Firmen von Major a. D. Schmidt erhalten hatten. In sämtlichen Prozessen wurden nach Anhörung der Parteien neue Termine anberaumt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Morgen, Freitag, 9. Oktober, 19 1/2 Uhr, im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide (U-Bahnhof Hermannplatz):

Gesamt-Mitgliederversammlung

Thema:

Einheit der Partei — Einheit der Arbeiterklasse

Zutritt nur mit Mitgliedsbuch der SAJ, oder Partei (Jugendbeitrag)

Tiernot geht uns alle an!

Auf die Anregungen des in Berlin lebenden Schriftstellers Heinrich Zimmermann ist die Einrichtung des Welttierschutztages zurückzuführen. Zimmermann erteilte 1925 einen Aufruf für den Welttierschutztag und hielt im März desselben Jahres im Berliner Sportpalast den ersten Tag dieser Art ab. Im Mai 1931 wurde diese Einrichtung auch vom Internationalen Tierschutzkongress in Florenz für notwendig anerkannt. Am 4. Oktober sprachen nun in Rom und in Dresden, in Amsterdam und in Leipzig Redner über die Notwendigkeit des Tierschutzes. In Berlin hielt im Festsaal der Gesellschaft der Freunde in der Potsdamer Straße die Gemeinde um Zimmermann eine sehr gut besuchte Feier ab. In der Festansprache Zimmermanns kam nicht ein sentimentaler oder menschenfreundlicher Ton auf, den man mitunter bei einigen feilschen Willkäufern der großen Bewegung vernimmt. Der Redner betonte, daß man sich auf den 4. Oktober, den Tag des großen Tiertribunes Franz von Assisi geeinigt hätte. Nun gäbe es aber Kreise, die sagten „wir als Protestanten können den Tag eines Katholischen nicht feiern“. Da

möchte er erwidern, daß Assisi vor Luther und der ganzen Reformationsbewegung gelebt hätte und wir Assisi auch nur als Lichtbringer in düstere Zeit ehren. In der Tierschutzfrage gibt es kein Nacheinander. Man kann nicht sagen, erst wenn die Menschennot beseitigt ist, darf man an die Not der Tiere denken. Menschennot ist zugleich Tiernot. Im Namen des Hells sind unzählige fühlende Menschen auf dem Scheiterhaufen verbrannt, im Namen der Wissenschaft werden unzählige fühlende Tiere lebendigen Leibes zerlegt. Not ist Not. Wir müssen sie bekämpfen, wo wir sie treffen. Dr. Henninger wies nach, daß heute, wo wir allein in Deutschland noch über 5 Millionen Pferde haben, ein Pferdeschutz unbedingt nötig ist. Interessieren wir es ferner, daß in Deutschland noch 6000 Grubenpferde arbeiten, diese ärmsten der Geschöpfe, die, wenn sie unter Tage gebracht sind, nie wieder an das Licht kommen. Literarische und Gefangensdarstellungen, die alle vom Bruder Tier handelten, verschönten das Fest.

Annahmestellen der Winterhilfe.

Die vorläufigen Stellen zur Annahme von Naturalhilfe und zur Auskunftserteilung der Berliner Winterhilfe sind:

1. Berliner Wohlfahrtsvereinigung, SW. 19, Niedermüllstr. 11.
2. In den 20 Verwaltungsbezirken: Charlottenburg, Rathaus, Berliner Straße, 1. Stod, Zimmer 178; Köpenick, Rathaus, Schloßstr. 4, Zimmer 46; Friedrichshain, D. 17, Brommystraße 1, 2. Stod, Zimmer 211; Kreuzberg, S. 59, Kottbuser Damm 25-26, 5. Stod, Zimmer 115; Lichtenberg, Stadthaus, Türschmidtstr. 24, 1. Stod, Zimmer 112; Mitte, C. 2, Magajinstr. 6-7, 2. Hof, 2. Stod, Zimmer 9; Neukölln, Rathaus, Berliner Straße, 1. Stod, Zimmer 178; Panlow, Rathaus, Breite Straße, part., Zimmer 42; Prenzlauer Berg, NO. 55, Danziger Str. 64, Hof, 1. Stod, Zimmer 102; Schöneberg, Neues Rathaus, Rudolf-Wilde-Platz, Zimmer 56; Friedenauer Rathaus, Lauterplatz, Zimmer 18; Ebersstr. 92 (Kleiderkammer); Spandau, Neues Rathaus, Potsdamer Tor, 2. Stod, Zimmer 217; Steglitz, Rathaus, Schloßstraße, 1. Stod, Zimmer 47; Tempelhofer, Mariendorf, Rathaus, Straße 75, Zimmer Nr. 13; Tiergarten, NW. 87, Turmstr. 70, 3. Stod, Zimmer 32; Treptow, Rathaus, Neue Krugallee 2-6, 2. Stod, Zimmer 62; Wedding, N. 65, Müllerstr. 146-47, 2. Stod, Zimmer 250; Weihensee, Spendenannahme von 8 bis 10 Uhr, Langhausstraße 121, Ede Koellikestraße, Auskunft telephonisch Weihensee (C. 6) 4001, Apparat 199; Wilmersdorf, Sigmaringenstr. 1, Rathausanbau; Zehlendorf, Rathaus, Teltower Straße, part., Zimmer 12.

Waisenfinder im Zirkus Busch.

Um den Berliner Waisenfindern eine Ferienfreude zu bereiten, hatte Frau Paula Busch dreitausend unserer ärmsten kleinen Waisen zu einer Nachmittagsvorstellung in ihren Zirkus geladen. In der herrlichen Herbstsonne sammelten sich die Kolonnen von Kindern aller Alter vor dem breiten Zirkusrund, bis sich die Tore öffneten und sie das Programm, das in diesem Monat besonders für Kinder geeignet ist, zu sehen bekamen. Einige besonders begünstigte hatten die Freude, zwei kleine zehntagealte Tiger auf den Arm nehmen zu dürfen. Es sind die Jungen eines bengalischen Tigers aus dem Besitz Jagendbecks, der im zweiten Oktoberprogramm in einer einzig dastehenden Dressur gezeigt wird. Außerdem werden im gleichen Programm weitere 14 bengalische Tiger aus Stellungen zu sehen sein.

Siebzehnjähriger Parteigenosse. Genosse Karl Binda, Hohannishof, Kaiser-Wilhelm-Str. 48, begeht heute seinen 70. Geburtstag. — Seit 50 Jahren gehört Genosse Binda der freien Gewerkschaft an. Seit 47 Jahren ist er Mitglied der Partei. Noch heute beteiligt sich unser Genosse Binda sehr aktiv an allen Parteiparamentationen und ist damit der Jugend ein leuchtendes Vorbild der Pflichterfüllung. Wir gratulieren dem alten Kämpfer und wünschen ihm einen recht langen und ungetrübten Lebensabend.

Kundfunkvorlesung über die neue Notverordnung. Ueber die politischen Bestimmungen der neuen Notverordnungen spricht Ministerialdirigent Dr. Hänßel heute abend von 19.05 bis 19.30 Uhr im Programm der Aktuellen Abteilung.

U-Berlin. Die nächste Führung durch die vergessenen Winkel des ältesten Berlins veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg unter Leitung Franz Bompeters am Sonntag, 11. Oktober, Treffpunkt 19 1/2 Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang Untergrundbahn, Teilnahme 50 Pfennig.

Wir helfen allen!

Auf dem städtischen Rettungsdienst — Tag und Nacht bereit

Es ist 13 Uhr und gerade Schichtwechsel im Städtischen Rettungsdienst; die Mannschaft, die seit 7 Uhr morgens unterwegs oder in Bereitschaft ist, macht Feierabend, die Nachmittagschicht tritt ihren Dienst an. Der kleine, gänzlich ungenügende Hof in der Auguststraße 9 steht voll Wagen, jeder neue, der einfährt, muß sich mühsam seinen Weg bahnen, besonders wenn er nach dem rückwärts gelegenen Desinfektionsraum fährt. Es war wieder eilend los am Vormittag, die Geschäftszeit bringt stets den Hauptbetrieb, am Nachmittag flaut es ein wenig ab; viel Trauriges, denn die Selbstmordstatistik unserer Tage weist erschreckend hohe Ziffern auf. Der Unfallwagen, der Tag und Nacht in ständiger Bereitschaft ist, hat ungenügend viel zu tun und wenn immer wieder Klagen aus dem Publikum laut werden, daß der Wagen nicht rasch genug da ist, so ist dies in dem fehlenden, schon so oft angeklagten Vorfahrtsrecht begründet; bei den großen Entfernungen innerhalb Groß-Berlins und dem starken Wagen- und Passantenverkehr müßte der Unfallwagen, genau wie die Feuerwehr, freie Bahn haben. Genau wie bei einem Brande sind ja auch hier oft Menschenleben in höchster Gefahr und jede Sekunde zählt.

Wenn das Telephon läutet . . .

Die Seele des ganzen Rettungsbetriebes ist die Telephonzentrale, und der Dienst, den die Beamtinnen hier versehen, ist ebenso schwer wie verantwortungsvoll; Tag und Nacht heißt es hier auf dem Posten sein, klaren Kopf behalten, weder müde noch nervös werden, sich und gewissenhaft den komplizierten Apparat bedienen. Die Verbindung mit sämtlichen Berliner Krankenhäusern ist stationär, d. h. unter Aushaltung des Amtes, so daß der Beamtinnenachweis mit größter Geschwindigkeit erfolgen kann, was ja sehr wichtig, da ja nicht immer im nächstgelegenen Krankenhaus Platz für den Patienten ist und die Beamtin oft eine ganze Reihe von Krankenhäusern abklappern muß. Auf einem Tableau hat die betreffende Beamtin außerdem ein Verzeichnis sämtlicher Krankenanstalten; überall sind Höfchen angebracht, auf welche die Telephonistin ein Blättchen mit der Wogennummer des Krankenwagens, der gerade dorthin fährt, aufhängt, so daß sie stets über den Verbleib sämtlicher Krankentransportwagen orientiert und in der Lage ist, dem Fahrer, der sich nach Anruf bei ihr meldet, sofort weitere Weisungen zu geben. Die Telephonbeamtin leitet dem Anruf für Unfall- oder Krankenwagen nach der Depotverwaltung weiter; hier nimmt der Beamte vom Dienst die notwendigen Informationen entgegen (Name, Adresse, Art der Erkrankung) notiert dies auf einem Zettel und übergibt diesen dem Fahrer.

Innerhalb 30 Sekunden ist der Transportwagen fahrbereit; jeder Wagen wird täglich gründlich geäubert — abgesehen von den Wagen, die einen infektiösen Transport hatten und im Des-

infektionsraum sofort vollständig desinfiziert werden —, nach jedem Transport wird die Wäsche gewechselt, 6 Reserve-Wäschegepäckchen werden mitgeführt; der Wagen enthält außer der Kranken- und Transportausrüstung mit Verbandzeug aller Art, Schienen für Brüche und Injektionspumpen, die aber nur der Arzt verwenden darf; das Fahrpersonal — jeder Wagen enthält Fahrer und Beauftragter — ist durchweg gut ausgebildet, meist sind es Militäranwärter, die neben ihrer Ausbildung auch genügende Erfahrung besitzen. Jeder Fahrer hat zu seiner Orientierung ein ausführliches Straßenverzeichnis, mit der Zeit wird naturgemäß sein Kopf feiner Fahrer. 42 Krankentransportwagen verkehren von morgens 7 Uhr bis abends 11 Uhr den Dienst, nachts stehen 4 Krankenwagen in Bereitschaft, der Unfallwagen befindet sich nie im Depot, sondern in ständiger Bereitschaft; morgens wird an der eigenen Tankstelle Brennstoff für den ganzen Tag getankt.

Dienstplicht und Menschenliebe.

Reich an körperlichen und seelischen Strapazen ist der Beruf eines Krankenträgers wie vielleicht kein anderer; bei Tag und bei Nacht, in glühender Hitze und schneidender Kälte muß der Mann seinen Dienst versehen. Er muß völlig an sich selbst vergessen, darf weder vor größter Anstrengung noch vor Gefahr zurückweichen; da muß er eine Menschenlast, manchmal bis über 3 Zentner, vier morsche, wacklige Treppen herunterschleppen, dort die gefährbringenden Bazillen des Schwindfüchtigen einatmen, oder den oft schwierigen und gefährvollen Kampf mit einem Grippekranken bestehen. Es kommt nicht nur einmal vor, daß bei einem Grippekrankenfrankentransport der Träger Fehltritte, Schläge, ja sogar Stöße erhält, es ist ein junger Krankenträger an der Infektion durch einen Schwindfüchtigen gestorben, und beim Kapp-Putsch mußte ein hilfsbereiter Sanitäter, der auf eigene Gefahr einem Verwundeten Rettung bringen wollte, seine Menschenliebe gleichfalls mit dem Leben bezahlen. Solch Krankenträger muß aber nicht bloß ein paar kräftige Arme, sondern auch ein recht stabiles Gemüt besitzen; da lauzet seine berufliche Weisung am Weihnachtabend auf „Lebensgefahr“, er kommt in die Wohnung, die Mutter ist an einer akuten Entzündung erkrankt, muß sofort operiert werden, meinent und bitend hängen sich die Kinder an seinen Hals, „bitte, bitte, Mutter darf nicht von uns fort“. Da heißt es hart sein und Kinderherzen kränken, um ihnen die Mutter zu retten.

Die körperliche und seelische Kraft gehört zum Beruf eines Krankenträgers, sein Amt ist unendlich schwer, dafür muß er dann oft noch Vorwürfe und Beschimpfungen ungeduldiger, aufgeregter Menschen ertragen, die keine Menschenliebe und Hilfsbereitschaft weder ermessen noch anerkennen.

Sparfassen in der Notverordnung.

Berbesserte Liquidität als Ziel. — Deutsche Girozentrale und Reichsbank.

Die neue Notverordnung der Reichsregierung sieht in ihren wirtschaftlichen Teilen wichtige Bestimmungen für die künftige Anlagepolitik der deutschen Sparkassen und Girozentralen vor. Diese neuen Bestimmungen verfolgen das Ziel, die Liquidität (Flüssigkeit) der Sparkassen, die durch die Folgen der Bankentrisse im Juli gestiegen hat, wieder zu stärken. Man erwartet hierdurch eine wesentliche Hebung des Vertrauens in den Sparereisen.

Einzelheiten über die in der Notverordnung verankerten Reformbestimmungen haben wir bereits vor der Bekanntgabe der Notverordnung veröffentlicht. Zunächst wird bestimmt, den Sparkassen die zur Zeit in den meisten deutschen Ländern un- selbstständige Einrichtungen der Gemeinden und Kreise sind, eine eigene Rechtspersönlichkeit zu geben. Die Haftung der bestehenden Gewährverbände für die bisherigen und künftigen Verbindlichkeiten der Sparkassen bleiben aufrechterhalten.

Die Sparkassen werden auch künftig den Charakter von kommunalen Anstalten behalten.

Die Erteilung einer eigenen Rechtspersönlichkeit ist wegen der starken Beunruhigung erfolgt, die in vielen Sparereisen angesichts der schlechten Finanzlage der Städte um sich gegriffen hat, denen die Sparkassen als unselbständige Institutionen eingeordnet waren. Vielfach herrschte in Sparereisen die falsche Ansicht vor, daß die Sparkassen in die finanziellen Schwierigkeiten der Städte mit hineingezogen werden könnten. Diese allgemeine Unruhe bei den Sparern wurde noch durch eine gewissenlose Verheerung gesteigert, indem die radikale Agitation vielfach Gerüchte verbreitete, daß die Kommunen im Falle von Zahlungsunfähigkeit sich an die Spareinlagen halten würden. Gegen diese politische Brunnenerregung hat der preussische Innenminister Seering bereits auf der kürzlich abgehaltenen Jubiläumstagung der Sparkassen schärfste Maßnahmen angekündigt.

Die künftige Liquiditätspolitik der Sparkassen

wird durch folgende Bestimmungen in der Notverordnung geregelt: Für das ganze Reich sollen einheitlich mindestens 30 Proz. der Spareinlagen und 50 Proz. der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten angelegt werden. Hieron sind 10 Proz. an die zuständige Girozentrale als Liquiditätsreserve abzuführen. Die Girozentralen wiederum haben einen Teil dieser Flüssigkeitsreserve an die Deutsche Girozentrale weiterzuleiten, die ihrerseits die Hälfte der Flüssigkeitsreserve bei der Reichsbank oder durch die Reichsbank anzulegen hat. Damit ist die bisher fehlende

engere Verbindung der Sparkassen mit der Reichsbank

und somit für Notfälle eine Rückendeckung geschaffen. — Das Real- kreditgeschäft der Sparkassen, die Anlage von Spareinlagen in Hypotheken wird jetzt auf 40 Proz. der Spareinlagen beschränkt. Auch der Personalkredit erfährt eine Einschränkung, indem an einzelne Kreditnehmer nur bis zu 20.000 M. Kredit gewährt werden dürfen. Ausgenommen hiervon sind Sparkassen mit einem Einlagebestand von mehr als 2 Millionen, die nicht an die 20.000-M.-Grenze gebunden sind. In dem Maße, in dem diese Sparkassen diese Personalkredite im Einzelfall nicht mehr als 1 Proz. des Einlagebestandes überschreiten. Der Kredit an die Kommunen, der bisher bis zu 50 Proz. des Einlagebestandes erreichen durfte, wird auf 25 Proz. des gesamten Einlagebestandes begrenzt. Dieser Bestimmung kommt aber insofern im Augenblick keine praktische Bedeutung zu, da sich die Kommunen schon seit längerem eine sehr

starke Selbstbeschränkung in der Kreditbeanspruchung der Sparkassen

aufgelegt hatten, so daß im Frühjahr d. J. nur 17 Proz. der Gesamteinlagen und 24 Proz. der Spareinlagen als Kredite an die Kommunen gegeben waren.

Das Spitzeninstitut der Sparkassen und Giroorganisation, die Deutsche Girozentrale, wird in eine selbständige juristische Person verwandelt und tritt unter die Aufsicht des Reiches. Außerdem wird die Girozentrale auch einen preussischen Staatskommissar erhalten. Eventuell wird der Reichs- und Staatskommissar in einer Person bestellt.

Am wesentlichen stimmen die Vorschriften der Notverordnung mit den Zielen der Sparkassenorganisationen überein. Bedenken werden von den Vertretern der Sparkassen nur dahin geäußert, daß

bei den Liquiditätsvorschriften eine größere Elastizität

im Hinblick auf den schnellen Wechsel der Verhältnisse am Bloge

gewesen wäre. Die Festlegung auf bestimmte Prozentsätze macht die Anlagepolitik der Sparkassen zu stark und unbeweglich. Bemerkenswert ist, daß in letzter Minute aus der Notverordnung eine Vorschrift beseitigt worden ist, wonach von der Wertpapieranlage auf Grund des preussischen Anlegungsgefehles um mindestens ein Drittel in Wertpapieren anzulegen ist, die bei der Reichsbank lombardfähig sind. Die selbstverständliche Folge dieser Bestimmung wäre gewesen, daß die Sparkassen bei starker Beanspruchung ihrer flüssigen Mittel durch Lombardierung von Wertpapieren sich neue Flüssigkeitsreserven hätten schaffen können. Mit dieser Bestimmung hätte aber wohl auch

eine Aenderung der von der Reichsbank angewandten Lombardierungsgrundsätze

hand in Hand gehen müssen. Offenbar hat hier im letzten Augenblick der Widerstand der Reichsbank diese Vorschrift zu Fall gebracht und damit eine Regelung verhindert, die die Sparkassen schon seit Jahren mit altem Nachdruck und mit vollem Recht gefordert haben.

Kapitalherabsetzungen erleichtert.

Weitgehende Beseitigung des Gläubigerschutzes. — Legalisierung des Ankaufs eigener Aktien.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß zahlreiche deutsche Unternehmungen, ja ganze Industriezweige „überkapitalisiert“ sind, d. h. daß das Aktienkapital im Verhältnis zum Wert der Anlagen und zur Höhe des Umlages viel zu hoch ist. Eine Bereinigung der Bilanzen durch Herabsetzung des ungerechtfertigt hohen Kapitals ist zur Überwindung der Krise unerlässlich. Kapital, das tatsächlich verloren ist, muß auch als verloren ausgewiesen werden.

Um nun die Kapitalherabsetzungen zu erleichtern, bringt die neue Notverordnung im 5. Teil wichtige Änderungen des geltenden Rechts. Diese Erleichterungen gelten zunächst nur bis zum 30. Juni 1932. Vor allem werden die dem Schutz der Gläubiger dienenden Bestimmungen des § 289 HGB. beseitigt. Die Auf- forderung der Gläubiger zur Anmeldung ihrer Forderungen ist nicht mehr nötig. Das war diejenige Bestimmung, die vor allem bei Banken mit ihrer großen Zahl von Gläubigern Kapitalherabsetzungen sehr erschwerte (die Deutsche Bank und Disconto- Gesellschaft hat einen erheblichen Teil ihrer Aktien zurückgekauft). Ferner wird der Beschluß zur Kapitalherabsetzung sofort, nicht erst nach Ablauf des Sperrjahres, wirksam.

Eine Herabsetzung des Kapitals auf Grund dieser Bestimmungen ist aber nur möglich, wenn vorher die offenen Reserven, bis auf einen Betrag, der 10 Proz. des Grundkapitals ausmacht, auf- gelöst sind. Zahlungen an Aktionäre dürfen nicht erfolgen. Der Buchgewinn aus der Kapitalherabsetzung darf nur zum Ausgleich von Verlusten, von Wertminderungen der Anlagen und von Borräten und zur Auffüllung der Reserven auf 10 Prozent des Kapitals verwendet werden. Für den Beschluß genügt die Mehrheit des vertretenen Kapitals, wenn sie zugleich die Mehrheit der abgegebenen Stimmen umfaßt.

Zum Schutze der Gläubiger ist bestimmt worden, daß eine Gewinnausschüttung erst erfolgen darf, wenn der Referendums wenigstens 10 Proz. des neuen Grundkapitals erreicht hat. Bei der Berechnung des neuen Grundkapitals bleiben Aktien, die nach dem 12. Juli 1931 geschaffen wurden, außer Anlag — das zielt auf die neuen Vorzugsaktien der Dresdner Bank, die das Reich besitzt. Zahlt eine Gesellschaft vor Ablauf von zwei Jahren nach Herabsetzung des Kapitals mehr als sechs Prozent Dividende, so ist für die Forderungen der Gläubiger Sicherheit zu leisten. Bei Kapitalerhöhungen innerhalb von fünf Jahren kann das Bezugsrecht der Aktionäre nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln des vertretenen Kapitals ausgeschlossen werden.

Die Herabsetzung selbst kann in der Weise erfolgen, daß Aktien eingezogen werden, oder daß der Nennbetrag der Aktien herabgesetzt wird, oder daß Aktien zusammengelegt werden. Eingezogen werden können nicht nur die an einer Stelle (Kon- sortium) für Rechnung der Gesellschaft liegenden Borräte- aktien sondern auch die im Besitz der Gesellschaft befindlichen eigenen Aktien. Hier hat sich also der Gesetzgeber der in den letzten Jahren herausgebildeten Praxis des Ankaufs eigener Aktien gefügt. Es ist zu erwarten, daß gerade dieser Weg in Zukunft häufig eingeschlagen wird.

die Opposition der jetzigen Verwaltung solange Schwierigkeiten bereiten will, bis die Verwaltung (Preuhag) die Aktien der Opposition zu „anständigen“ Kursen auskauft. Dieser Verdacht wird bekräftigt, wenn man erfährt, daß die Opposition von dem Berliner Bankhaus Gebrüder Arons geführt wird.

Ueber dieses Bankhaus sind aber soeben vor dem Untersuchungs- ausschuss des Preussischen Landtags Dinge bekannt geworden, die ein bezeichnendes Schlaglicht auf dieses Unternehmen werfen. Der Landeshauptmann Dr. Caspari hat von einem „Kauf- zug gegen die öffentliche Hand“ anlässlich der Sanierung von Hugen- bergs Landbank gesprochen; an diesem „Kaufzug“ war das Bankhaus Arons hervorragend beteiligt. Die Obligationen, auf Grund deren das Bankhaus die Ansprüche stellte, hat es erst erworben, nachdem die Sanierung durch die öffentliche Hand bekannt- geworden war.

Hier erhebt sich also die Frage: Wie lange besitzt das Bankhaus Arons die Stahlfurter-Chemische-Aktien? Und zweitens — will das Bankhaus Arons auch in diesem Falle aus der Opposition gegen ein öffentliches Unternehmen, das in besonderem Maße der Kritik der Öffentlichkeit unterliegt, ein „Geschäft“ machen?

Unfinnige Syndikatswirtschaft. Daß die Kosten der Syndikate und Kartelle häufig in keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen stehen, das zeigt der Abschluß der Zeispauer Dachstein- und Braunkohlenwerke A. G. Im Geschäftsbericht wird der Verlust von 0,98 Millionen Mark zu einem erheblichen Teil auf die Verwaltungskosten der Bangeda, Verkaufsgesellschaft Schleißer und Lausiger Dachziegelwerke von 1930 G. m. b. H. zurückgeführt; sie wurde aufgelöst. Die Auflösung habe sich im Jahre 1930 günstig ausgewirkt! Kommentator überflüssig!

Konzernskandal Wiking.

Ein klassisches Beispiel von Kartellmißbrauch und Kapital- fehlleitung.

Der kürzlich veröffentlichte Sanierungsplan des Wiking- Sementkonzerns zeigte bereits, daß dieses mächtigste Unter- nehmen der deutschen Sementindustrie reiflos zusammengebrochen wäre, wenn nicht eine Verschmelzung mit dem Familienkonzern Dyckerhoff das Verhängnis noch abgewendet hätte.

Jetzt legt der Wikingkonzern reichlich spät seinen Abschluß für das Geschäftsjahr 1930 vor, der auch die aller schlimmsten Erwartungen über den Stand des Unternehmens noch übertrifft. Man hatte bei dem Wikingkonzern einen Verlust von reichlich 10 Millionen Mark bei insgesamt 20 Millionen Kapital erwartet. Bei der Aufstellung der Bilanz für 1930 hat sich aber die Notwendigkeit ergeben, noch „Wertberichtigungen“ vorzunehmen, so daß sich nunmehr

ein Gesamtverlust von 19 Millionen Mark

ergibt. Der Wikingkonzern, der noch im Mai 1930 für das Geschäftsjahr 1929 eine hohe Dividende von 10 Proz. ausschüttete, hat es also im Laufe eines Jahres fertig bekommen, sein gesamtes Kapital bis auf einen Bruchteil zu verschleudern. Das Charakteristische ist dabei, daß auf der Generalversammlung im Frühjahr 1930 die leitenden Direktoren des Unternehmens noch durchaus optimistisch gestimmt waren, obwohl es auf der Hand lag, daß bei der damaligen Banktrise und bei der schweren finanziellen Belastung des Unternehmens in aller Kürze große Schwierigkeiten auftreten mußten.

Die jetzt vorliegende Bilanz von 1930 läßt die geradezu bei- spiellose Leichtfertigkeit erkennen, mit der die verant- wortlichen Leiter dieses Konzerns, die zugleich auch

die Herren im Westdeutschen Zement Syndikat

waren, unter dem Schutze des Zementmonopols gewirtschaftet haben. So ist infolge der riesigen Kapitalinvestitionen der Wert der Werks- anlagen allein im Jahre 1930 von 20 auf 32 Millionen Mark ge- stiegen. Andererseits haben sich die Außenstände der Gesellschaft von 10 auf 5,6 Millionen verringert, während die kurzfristigen Schulden von 15 auf 27,6 Millionen sprunghaft in die Höhe geschossen sind. Ueber 15 Millionen von diesen Schulden sind Bankkredite. Der Wikingkonzern hat bereits im Jahre 1930, also schon inmitten der Krise, sein Auffangsprogramm und seine riesigen Kapitalinvestitionen mit kurzfristigen Bankkrediten finan- ziert. Diese Vorgänge stellen in der Tat ein klassisches Beispiel für die Mißwirtschaft dar, die bei den großen deutschen Konzernen hinter der schließenden Mauer mächtiger Kartelle getrieben wurde.

Es bedarf keines Beweises, daß der Fall Wiking unmöglich gewesen wäre, wenn nicht die drei deutschen Zement Syndikate — ge- schützt durch hohe Zöllemauern — auf dem deutschen Markt ein Monopol ausgeübt und die deutsche Bauwirtschaft auf das rücksichtsloseste ausgepowert hätten.

Nur bei einer Kartellpolitik, die mit ihren Preisbestimmungen auch die schlechtesten Werke künstlich rentabel hält und den modernen, billiger arbeitenden Großbetrieben

in Gefalt der Differenzkante riesige Sonderprofite

zugewandt, waren derartige immense Kapitalfehlleitungen möglich. Der Zusammenbruch des Wikingkonzerns ist trotz seiner Sanierung kein Ereignis totaler Natur. Die Vorgänge, die sich bei diesem Konzern abgespielt haben, gehen die Kartellpolitik als solche an. Wenn die Forderung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auf Errichtung eines demokratisch zusammen- gefügten Kartellamtes mit schärfsten Kontrollbefugnissen für ihre Richtigkeit noch eines Beweises bedürft hätte, so liefert diesen Beweiss der Kartell- und Konzernskandal um Wiking.

Ernstige Lage der Reichsfinanzen.

Sehr schlechte Steuereingänge im September.

Im Zusammenhang mit der Bankentrisse war im Monat Juli ein sprunghaftes Fallen der Steuerzahlungen festzustellen. Erst im August gelang es durch schärfste Maßnahmen, wie drastische Erhöhung der Verzugszinsen, einen Teil dieser Steuer- ausfälle vom Barmonat wieder weitzumachen.

Nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministers Dietrich hat sich aber im Monat September der Steuereingang wieder derart verschlechtert, daß man im Finanzministerium der Meinung ist, die Kredittrise vom Juli beginne erst jetzt sich in allen ihren Einzelheiten auf wirtschaftlichem Gebiete auszuwirken.

Von der Gesamtsumme der Ersparnisse infolge des Reparations- fehrjahres in Höhe von 1200 Millionen Mark entfällt ein großer Teil auf die Reichsbahn. Die Ersparnis der Reichsfinanzen läßt sich danach nur auf 700 Millionen veranschlagen. Soweit es sich bisher überleben läßt, werden diese 700 Millionen zum großen Teil durch die Steuerverluste infolge der verschärften Krise aufgezehrt. Außerordentlich schwierig bleibt nach wie vor eine annähernde Schätzung der Zolleinnahmen. Die Finanzlage bleibt vor allem deshalb so ungeklärt, weil sich die Entwicklung der Wirtschaftslage in keiner Weise übersehen läßt.

Im Monat August stellten sich die Einnahmen im ordentlichen Haushalt auf 768,6 und die Ausgaben auf 681,5 Mil- lionen. Die Einnahmen in den Monaten April bis August beliefen sich auf 3726,9 und die Ausgaben auf 3549,9 Millionen, so daß sich für Ende August eine Mehreinnahme von 177 Millionen ergibt. Einschließlich des Fehlbetrages aus 1930 in Höhe von 1030,5 Millionen stellt sich im ordentlichen Haushalt das Defizit auf 853,5 Millionen. Im außerordentlichen Haushalt stehen in den gleichen Monaten 24,2 Millionen Einnahmen rund 58,8 Millionen Ausgaben gegenüber. Das Defizit im außerordentlichen Haushalt beläuft sich auf 296 Millionen. Der Kassenbestand betrug Ende August 45 Millionen. Die schwebende Schuld des Reiches hat sich von 1828,4 auf 1669,2 Millionen gelöst.

Gewaltige Verluste der amerikanischen Oelkonzerne. Infolge des anhaltenden Tiefstandes für Erdöl und Benzin haben 20 große Petroleumgesellschaften der Vereinigten Staaten für das erste Halb- jahr 1931 insgesamt einen Verlust von nicht weniger als 25,5 Mil- lionen Dollar, d. h. rund 110 Millionen Mark ausgewiesen, während in der gleichen Zeit des Jahres 1930 noch ein Rein- gewinn von 69,7 Millionen Dollar, d. h. von fast 300 Mil- lionen Mark, erzielt wurde. Allein die Shell-Union-Gruppe zeigt für die ersten 6 Monate des laufenden Jahres einen Verlust von fast 21 Millionen Dollar. Erst in den allerletzten Wochen haben die Gewaltmaßnahmen verschiedenster Art die Stilllegung von zahlreichen Bohrlochern, die militärische Besetzung von Oel- feldern und die Beschlagnahme von Oelleitungen, zu einem An- stieg der Preise für Erdölzerzeugnisse geführt.

Biel Lärm um Stahlfurter Chemische.

Was will das Bankhaus Arons?

Die Preussische Bergwerks und Hütten A. G., das Bergwerksunternehmen des Preussischen Staates, hat im Jahre 1929 die Anhaltischen Salzwerke, damit zugleich die Aktienmehrheit an der Stahlfurter Chemische Fabrik A. G. übernommen.

Zwischen der Stahlfurter Chemische und den Anhaltischen Salz- werken besteht seit 1925 ein Vertrag, nach dem der ganze Be- trieb der Stahlfurter Chemischen von den Anhaltischen Salzwerken übernommen wurde. Der Vertrag ist im Jahre 1926 abgeändert worden in der Weise, daß die Zahlung der festen Pachtsumme an die Stahlfurter Chemische in Fortfall kam, weil der Zustand der Stahlfurter Anlagen nicht den Voraussetzungen des Vertrages entsprach. Vorstand und Aufsichtsrat haben damals Entlastung für ihre Geschäftsführung erhalten.

Jetzt, nachdem die Preuhag das Erbe Anhaltische Salz — Stahlfurter Chemische angetreten hat, tritt in den Generalversammlungen der Stahlfurter Chemischen eine etwas wilde Opposition auf, die die jetzige Verwaltung (also die Preuhag) zwingen will, gegen den früheren Vorstand und den früheren Aufsichtsrat (Ver- treter des Anhaltischen Staates) zu klagen. Die Abänderung des V.-G.-Vertrages verstoße wider die guten Sitten; der Generalver- sammlungsbeschuß von 1926 sei also nichtig. Die Juristen der Preuhag sind nach Prüfung der Vorgänge zu der Ansicht gekommen, daß eine Klage völlig aussichtslos sei, also der Stahlfurter Chemischen nur überflüssige Kosten verursachen würde.

Die Opposition hat nun einen großen Pressefeldzug gegen die Preuhag inszeniert. Die angeblich die Rechte der Minder- heitsaktionäre nicht wahre. Die Vermutung liegt nahe, daß

H. R. Neubert: Kleine Skizzen in Moll

Ein Telegramm liegt auf dem Tisch . . .

Ich komme ahnungslos nach Hause und finde plötzlich ein Telegramm auf dem Tisch. Ich bin erschrocken. Immer ist man im ersten Augenblick erschrocken, wenn man ein privates Telegramm erhält, es sei denn, man feiert gerade Hochzeit.

In Gedanken gehe ich blitzschnell alle Möglichkeiten durch, die mit diesem Telegramm eventuell in Zusammenhang stehen könnten, aber ich weiß keine. Ich lasse mir einen neuen Anzug machen, aber der Schneider wird den Termin der ersten Anprobe höchstens auf einer Postkarte mitteilen. . . .

Meine Finger beginnen schon nach dem Telegramm zu zittern und ich suche noch in der Erinnerung die seltenen Fälle, wo ich gute und schlechte Neuigkeiten durch ein Telegramm erhielt. Einmal kam ein Telegramm: Vertrag perfekt! Ja, da lief ich mit dem Papier in der Hand im Zimmer hin und her, stieg auf Sessel, Divan, Tisch, warf eine Wase um, fiel meiner Wirtin um den Hals, und rannte zum Telefon: „Du! Endlich! Komm, wir feiern heute!“

Es kamen auch nicht so bedeutungsvolle Telegramme, Neuigkeiten, die man auch in rosafarbenen, parfümiertes Papier hätte hülsen können. Damals hatten Cella und ich verabredet, daß wir uns einmal nicht sehen wollten, weil wir bisher jeden Abend der Woche zusammengewesen waren, aber am Nachmittag kam plötzlich ein Telegramm mit Rückantwort: „Bitte, bitte, sehen wir uns doch?“

Und jetzt bin ich wieder ahnungslos nach Hause gekommen und finde ein Telegramm auf dem Tisch. Ich habe keinen Vertrag zu erwarten, ich habe mit keiner Freundin ein Rendezvous vereinbart oder abgelehnt. Ich weiß nicht, wer mir ein Telegramm schicken könnte. Ich weiß nur, daß da in dem zusammengefallenen Papier etwas lauter, etwas Böses, das gleich über mich herfallen wird.

Jetzt strecke ich die Hand danach aus, wie durch die Gitter eines Raubtierkäfigs, jetzt reißt es auf, und während noch das Papier zwischen meinen Fingern raschelt, fällt mir dunkel jener Abend ein, als ich ahnungslos wie heute nach Hause kam und ein Telegramm auf dem Tisch lag: Vater gestorben! Wir gehen im Bräutchen von Sekunden kamen durch den Kopf, ich dachte an Trude, Robert, Emma, es kann jemand gestorben sein, denke ich, jemand, der mir kürzlich vielleicht eine Ansichtskarte aus den Bergen sandte, jemand, der ganz gesund war.

Vor meinen Augen flimmert die Schrift. Es ist, als würden die Buchstaben meinen Augen davonlaufen, ich muß sie mit starrem Blick festnageln, aufsaugen, ich lese, lese, lese, weiß alles, alles. . .

Jetzt atme ich tief und lang aus, als würde so die Angst aus meinem Körper getrieben. Die schreckliche, unbegründete, lächerliche Angst vor einem Telegramm, das unerwartet auf meinen Tisch flog. Es ist nichts Schlimmes.

Jemand ist auf der Durchreise, will mich sehen, nach langer Zeit.

Ein Kind ertrank.

Schon sprechen sie wieder lauter. Sie lösen sich aus den flüsternden Gruppen und legen sich wieder in den Sand, in die Sonne. Schon klingt irgendwo ein Lachen auf. Schüchtern zwar, als hätte es sich nur hierher verirrt, aber bald wird es hier wieder Heimatrecht haben. Es ist einer der letzten schönen Sommertage.

Jetzt strecken und dehnen sie sich wieder und einzelne, die der schreckliche Vorfall vorhin aus dem Wasser trieb, steigen wieder in die Flut. Immer mehr gehen ins Wasser, auch die Kinder spielen wieder am Strand. In feinem Glanz stehen die Birken drüben am anderen Ufer.

Ich liege lang auf dem Rücken und beginne mit dem Versuch, Arme und Beine zu bewegen, wie, um eine Maschine in Gang zu bringen. Als ich sah, wie sie das Kind brachten, bin ich wohl aufgesprungen und hingelaufen, aber wie sie dann den kleinen Körper auf die Erde legten und alle jene Maßnahmen vornahmen, die bei Ertrunkenen angewendet werden, gräßliche Maßnahmen: sie drehten den Körper auf den Bauch, sie zogen die Zunge aus dem Mund, bewegten die Arme und bliesen dem Kinde Luft in den Mund, da bin ich an meinem Platz zurückgegangen, denn ich fror, und wie ich mich im Bademantel hinlegte, war mir, als ging ich unter. Immer tiefer sank ich in Grauen, Furcht, Angst, wie gelähmt.

Jetzt beginne ich wieder Arme und Beine zu bewegen. Ich stoße mich gleichsam mit allen Kräften aus dem dunklen, geheimnisvollen Grunde ab, bis zu dem ich untergetaucht war.

Es ist alles vorüber. Das Weinen und Schreien der Mutter ist in der Luft verweht wie Rauch.

Wah! Wah!

Wann war das? Vor einer halben Stunde. Vor langer, langer Zeit.

Wenn ich den Kopf nach links wende, sehe ich meine Nachbarin im grellbunten Badetrikot eine Stufe aus dem Papier wickeln. Sie ist.

Und die Menschen sprechen ja schon wieder lauter. Sie gehen auch wieder ins Wasser, aus dem sie geflohen sind. Der See hat einen ruhigen Glanz, als wäre nichts geschehen an diesem letzten schönen Sommertag.

Verwirrt von den Dingen, die noch immer so stehen und leuchten, als wäre nicht vorhin ein Kind ertrunken, begreife ich langsam, daß ich lebe.

Dialog bei Zigarren.

„Rauchst du?“ fragte der Hausherr höflich und reichte Wenzel die Kiste mit den Zigarren. Wenzel dankte und nahm. Der Hausherr bediente ihn mit seinem Feuerzeug. Dann sahen sie schweigend auf dem Ledersofa. Sie waren allein im Zimmer. Drüben im Salon wurde der Geburtstag der Hausfrau gefeiert. Wenzel hatte keine Ahnung, was der Hausherr beabsichtigte. Er war seinem Wink vorhin gern gefolgt. Vielleicht wollte Frank ihm eine Neuerung seiner feineren Sammlung zeigen oder über geschäftliche Dinge mit ihm sprechen. Er lehnte sich behaglich zurück — das Abendessen war ausgezeichnet gewesen — und sah Frank wohlwollend an, der an seiner Zigarre zu ziehen verlag.

„Du nimmst doch an, daß ich mit Erika in glücklicher Ehe lebe?“ fragte der Hausherr plötzlich. Wenzel war überrascht. „Natürlich!“ sagte er.

„Du hast recht!“ erwiderte Frank hastig, „unsere Ehe war und ist glücklich. Sie könnte weiterhin glücklich bleiben, wenn nicht . . . Ein dummes Zufall . . .“

Wenzel drückte mit leicht zitternden Fingern die Asche seiner Zigarre im Becher ab.

Frank fuhr fort: „Es gibt dumme Zufälle, die einen über Nacht zum Bettler machen können.“

„Hast du Geld verloren?“ fragte Wenzel.

„Geld?“ lachte Frank bitter. „Keine — Frau!“

„Frank!“ entfuhr es dem Freunde.

Der Hausherr zog heftig an seiner Zigarre, aber sie war inzwischen ausgegangen. „Hast du Feuer?“ fragte er Wenzel. Der gab ihm ungeschickt ein Streichholz. „Deine Hand zittert ja so!“ meinte Frank, „was ist dir denn?“

„Nichts! Deine Hand zittert!“

Frank betrachtete aufmerksam seine Hand. Er ballte sie wie im Spiel zu einer Faust und machte eine Bewegung, als greife er jemand an die Gurgel. Er lachte dazu.

„Kürzlich besuchte ich einen Freund, der schon lange Jahre in meinem Haus verkehrt. Ich bot ihm um ein Buch, das er lange suchen mußte und schließlich hinten irgendwo im Bücherschrank fand. Zu Haus entdeckte ich in diesem Buch, das fünf Jahre unberührt im Schrank gelegen hatte, einen Abschiedsbrief meiner Frau.“

„Sagst du etwas?“ wandte er sich plötzlich an Wenzel. Der schüttelte den Kopf.

„Aus dem Brief ging alles hervor. Ich war damals vier Monate in Brasilien. In dem Brief beschwor sie den Mann, das Borgelassene für immer auszuschließen. Es war ja kurz vor meiner Rückkehr. Ich habe den Brief übrigens bei mir. Möchtest du ihn lesen, damit — damit du mir vielleicht einen Rat erteilen kannst? Du weißt, ich habe auf deine Ratssätze immer viel gegeben.“

Er sagte es beinahe zynisch, nahm den Brief aus der Tasche und reichte ihn Wenzel. Der las und war leichenblau.

„Was sagst du zu dieser interessanten Entdeckung?“ fragte Frank in schneidendem Hohn.

Da Wenzel vergeblich nach einer Antwort suchte, fuhr Frank im selben Tone fort:

„Was soll ich mit ihm machen, frag ich dich, du! Was würdest du in solchem Falle tun? Mich ohreigen? Niederstrecken? Die Scheidungsklage einreichen?“

Frank änderte plötzlich seinen Ton. In seinem Gesicht stand die nackte Verzweiflung. Sein überlegener Hohn, hinter dem sich

sein Herz wie hinter einer Mauer verbrochen hatte, fiel von ihm ab.

„Erika!“ flüsterte er. „Fünf Jahre, fünf glückliche Jahre . . .“

„Ja, fünf glückliche Jahre!“ sagte Wenzel jetzt leise. „Hat sie in diesen fünf Jahren nicht alles wieder gut gemacht? Kann eine Frau treuer, selbstloser lieben wie sie in dieser Zeit?“

„Und wenn ich das anerkenne,“ antwortete tief atmend Frank, „aber was mache ich mit ihm?“

„Auch er ist verheiratet, hat Kinder und lebt seit Jahren in glücklicher Ehe.“

Ihre Blicke tauchten ineinander, hielten sich fest, moßen ihre Kräfte.

Franks zu einem Bürgengriff gepreßte Hand kam Wenzel näher. Wie eine Schlange schob sie sich lautlos an ihn heran.

„Du zerstörst noch alles!“ stöhnte Frank.

Langsam fiel die Hand nieder.

Aus dem Salon drang der geschulte Sopran der Hausfrau, die von den Gästen um ein Lied gebeten worden war.

Frank begann zu lachen.

„Fünf Jahre . . .“ sagte er, wie in Erinnerungen.

Gedankenvoll zerriff er den Brief. Stand auf. Sein Gesicht zeigte den Kampf, der sich in seinem Innern abspielte.

„Wir müssen jetzt gehen, man wird uns vermist haben!“

Sie waren beide noch erregt und blaß, ihre Hände zitterten.

Die gebeugte Gestalt des Hausherrn nahm eine straffere Haltung an. Aus seinen Zügen wich das Feindselige. Er wuchs wieder in die Haltung des Hausherrn, des Gastgebers.

„Rauchst du?“ fragte er und reichte Wenzel höflich die Zigarrenkiste. Wenzel dankte und nahm. Der Hausherr gab ihm Feuer. Als der Lir sah sie sich noch einmal in die Augen, der eine verzeihend der andere erschüttert, dankbar, dann kehrten sie in die Gesellschaft zurück. . . .

Martin Richard Möbius:

Heldentod nach 13 Jahren

Bevor wir ihn im Hausflur, wo es noch ziemlich dunkel war, aufgehoben hatten, glaubten wir im stillen, der arme Kerl sei betrunken nach Hause gekommen und über die Stufen gestolpert. Mein Gott, so etwas kam doch immer wieder vor. Aber beim Aufheben merkten wir, daß der Mantel am Steinfußboden klebte, und dann noch es ungewöhnlich nach Blut. Wer im Felde gewesen ist, der kennt den Geruch. Wir schickten also die Weiber fort, ließen den Mann liegen und riefen die Polizei.

Der da tot auf der Erde lag, den Mund halb offen, die Augen starr geweilt, hieß Winter, Eduard Winter, war verheiratet und Vater von zwei Kindern, die noch zur Schule gingen. Wir hatten uns im Felde, im Schützengraben vor Jpern, während der letzten Offensive kennengelernt. Er war bei einer Minenwerferabteilung, die man unserem Bataillon zugeteilt hatte. Wir wurden bald die besten Kameraden. Er hatte mich sofort sehr stark angezogen, weil er mit unheimlicher Ruhe während eines Feuerüberfalls die zerstückte Brustwehr ausbesserte. Ich dachte, er sei frei von Angst. In der Tat hatte er keine Angst, aber aus lauter Verzweiflung und Todessehnsucht. Er war fertig mit dem Leben, mit allem. Sein Revolverhahn war furchtbar. Es gelang mir, ihm etwas Vertrauen einzuflohen, und er sprach sich einmal aus. . . .

Was ich immer beabsichtigt hatte, trat eines Tages ein, als wir zum Angriff gegen Saint Omer vorgehen mußten und die Gräben verlassen. Die Engländer überschütteten uns mit einem Hagel aller möglichen Geschosse. Minutenlang mußten wir wieder zu Boden und warten . . . aber Winter ging, nur wenig gebückt, in Niemandens-Land, einen Spaten in der Hand. . . . Maschinengewehrfeuer richtete sich sogleich auf ihn, doch trotz der doppelten Garbe entging er den Geschossen, blühte sich, stieß den Spaten in die Erde und hub langsam ein Loch aus. . . .

Damals hatten wir hinterher, in einem Kellerloch, das von Ratten wimmelte, ein kurzes Gespräch, das Winter benutzte, um zu gestehen, angesichts dieses Wahnsinns aller christlichen Völker glaube er weder an Gott noch an sonst etwas mehr; insoweit sei ihm alles egal. Er wollte sterben, das stand fest. Gegen seinen Willen blieb er auf wunderbare Weise am Leben. Nach dem Waffenstillstand kehrte er in seine Heimat bei Rathenow zurück.

Ein paar Monate später stand Winter plötzlich in meiner Wohnung und verkündete mit übertriebener Fröhlichkeit, er wolle hierher übersiedeln und heiraten. Ja, er hatte eine Stellung als Expedient in einem Verlage gefunden. Seine Braut hatte ein paar tausend Mark geerbt, und nun sollte es losgehen. Ich suchte die

alte Grundfarbe seines Gemütes und fand sie nicht wieder. War Winter geheilt und von neuem Lebenswillen befeuert?

In den folgenden Jahren ging es Winters, die über uns mochten, verhältnismäßig gut. Zwei Kinder kamen im Abstand von je einem Jahre und entwickelten sich zu unser aller Freude. Dann packte es Winter wieder, und seine Gedanken gingen trümmer, gefährliche Wege. Seine Verbitterung über die Dummheit, Trägheit und Bergeilichkeit der Menschen drängte zum Ausbruch. Leidenschaftlich haßte er die radikalen Parteien von links und rechts. Stundenlang konnte er mit diesen Feinden des Volkes debattieren. Doch das genügte ihm nicht. Eines Tages war er Reichsbannermann geworden und entfalte nun eine fast erbitterte Tätigkeit im Hause, wo Anhänger fast aller Parteien wohnten. Obgleich wir ihm immer wieder Mäßigung anrieten, verstaubte er sich auf seine wilde Besessenheit und seinen Entschluß, mit den Feinden des Volkes aufzuräumen. Die Bernunft sollte herrschen, die Gerechtigkeit und die Güte.

Gerechtigkeit . . . jetzt sah das nun so aus! Die Polizei stellte Nord fest und holte die Nordkommission an Ort und Stelle. Winter war von hinten mit einem langen Messer erstochen worden. Die Wunde im Rücken war in der Herzgegend. Tot. Das war einmal ein Mensch, das war ein Sozialist gewesen, der den Granaten des Weltkrieges entgangen war. Nun war er doch noch gefallen. Nun lag er da, im blutdurchtränkten Mantel, starr und steif. Man hat viele Menschen im Felde sterben sehen, Soldaten, Kameraden, Freunde, aber . . . das ist doch etwas anderes. Einer seiner Feinde hat ihn heimtückisch erstochen. Einer der Wahnsinnigen, die in der Gewalttätigkeit und Unterdrückung das Heil des Volkes sehen. Einer von denen, die vielleicht im Felde seine Kameraden gewesen sind.

Was man kaum begreifen kann, das ist die Niedertracht, die Gemeinheit dieser nachlässig betriebenen Arbeit am Feinde. Da sind sie nun wieder, die nichts gelernt haben, für die alle die ungeheuren Opfer an Gut und Blut vergeblich gewesen sind, die schneidig in die Uniformen ihrer Parteien schlüpfen und im Gleichschritt marschieren, piff, paff, Deutschland über alles! Da sind sie nun, sitzen in ihren Lokalen, brüten Haß, beschließen Nord: Junge, dich werden wir schon kriegen, immer mit der Ruhe!

Sie haben ihn gekriegt. Da liegt er nun, der den Granaten entgangen war, gefallen im Hausflur zu nächstlicher Stunde, von hinten mit dem Messer erstochen von Feindeshand . . . Eduard Winter, tapferer, guter Gefelle, ehrlicher Freund, schlafte wohl . . . in einer besseren Welt!

Raupen als Fleischfresser

Wir sind gewöhnt, dem leicht beschwingten Heer der Falter auch hinsichtlich seiner Ernährung einen bevorzugten Platz anzuweisen, und selbst von den gefräßigen Raupen nehmen wir an, daß sie sich auf Pflanzennahrung beschränken, zwar ganze Wälder zu verwüsten und zu vernichten vermögen, aber doch andere tierische Mitgeschöpfe ungeschoren zu lassen pflegen. Fleischfresser im Raupenreiche sind allerdings Ausnahmen, und zwar handelt es sich bei ihnen meist um Kannibalsmus. Sie haben also die manymol sehr ausgeprägte Gewohnheit angenommen, sich in einem guten Verstand auf die Lauer zu legen und von da aus mörderisch über die Raupen einer gleichen oder ähnlichen Art herzufallen. Sie fressen diese Brut bei lebendigem Leibe fast vollständig auf, so daß nur geringe Spuren von ihr zurückbleiben. Auch Puppen bleiben bei guter Gelegenheit von den Fresswerkzeugen nicht verschont, werden allerdings gewöhnlich nicht mit Stumpf und Stiel verzehrt. Am meisten wurde der Kannibalsmus in der Gefangenschaft beobachtet, wo es ja am leichtesten an der richtigen Pflanzennahrung fehlt. Hier kann bei zänkischen Arten, wenn sie Futtermangel leiden, am ehesten eine triegerische Auseinandersetzung erfolgen und dadurch die schlummernde Nordluft gemeldet werden. So entwickeln sich ausgesprochene Mörder, die mit Vorliebe an dem Fleisch der eigenen Art schmausen. Hierher gehören glatte, nicht oder nur spärlich behaarte Raupen aus der großen Nachtfalterabteilung der Eulen. Diese bewohnen Laubbäume und verzehren gewöhnlich deren Blätter, können aber sehr leicht und dann gründlich zu ausgesprochenen Mörderen sich umwandeln.

Der Ueberfall spielt sich verhältnismäßig roch und einfach ab: Die Norderaupe ergreift ihr Opfer von hinten oder in der Seite und versetzt ihr einen tüchtigen Biß. Aus der Wunde fließt sofort helles, grünlichweißes Blut, das von den Kannibalen ganz aufgesogen wird. Nun folgt das weitere Verzehren des Raupenkörpers; ohnmächtig schlägt die Ueberfallene um sich, sie kann sich der Mörderin nicht erwehren und wird bis auf den hartschaligen Kopf und einige Beinreste Stück für Stück langsam aufgefressen. Nur die mit einem dichten Haarpelz versehenen Raupen werden nicht verspeist. Es gibt sogar Raupen, die wenigstens in der Gefangenschaft, rohes Fleisch von Wirbeltieren willig annehmen.

Was sind Gletschermühlen?

Gletschermühlen, auch Gletschertöpfe oder Strudellöcher, nennt man die kesselartigen Löcher, die in Gebieten einseitiger Vergletscherung, besonders häufig in Skandinavien und Finnland, aber auch in Mitteleuropa, namentlich im Bereiche der Alpen, sich vorfinden und hier der Nachwelt über die gewaltigen Naturkräfte längst vergangener geologischer Zeitperioden Aufschluß geben. Wenn die Gletschermäher bei ihrem Abfluß durch Spalten und Höhlen auf Hindernisse im festigen Untergrunde stoßen, so sind sie zu kreisender, strudelnder Bewegung gezwungen. Gerotet nun in diese Wasserstrudel Steinblöcke, so bewirken sie durch ihre allseitige Reibung und Rollbewegung die Bildung regelmäßig geformter Brunnen oder kesselartiger Vertiefungen, während die Reibsteine selbst die Form von mehr oder weniger glatten Kugeln annehmen.

Besonders schöne Gletschermühlen wurden u. a. schon vor dem Kriege in Rißbüchel in Tirol bei der Anlage eines Steinbruchs entdeckt. Während die geologische Unterlage aus verhältnismäßig weichem Sandstein teileren Ursprungs besteht, gehören die aus den Urkalen stammenden Rißsteine den besonders harten Gesteinsarten Granit, Gneis und Hornblende an. Nicht weniger als zehn solcher Gletschertöpfe wurden damals in der Rißlau bei Rißbüchel freigelegt. Der größte Kessel hatte einen Durchmesser von 4 Meter, eine Tiefe von 10 Meter und auf seinem Grunde einen Schleifstein von schätzungswelke 100 Zentnern Gewicht. Heutzutage wäre es selbstverständlich, daß ein so überaus interessantes Naturdenkmal erhalten würde. Damals aber fand die Anregung, in der Rißlau einen ähnlichen „Gletschergarten“ anzulegen wie bei Luzern, wenig Anklang. Erwerbsinn siegte über den Naturschutzgedanken; schon bald nach der Entdeckung der Rißbücheler Gletschermühlen wurde mit deren Sprengung begonnen und in wenigen Stunden ein bewunderungswürdiges, in vieltausendjähriger Arbeit geschaffenes Riesenwerk der Natur durch Menschenhand zerstört.

Niedere Tiere, z. B. Quallen, bestehen bis zu 98 Prozent aus Wasser.

Das Wort „Baldachin“ stammt aus dem Orient, wo ein in Bagdad oder Badaah verfertigter Goldbrokat so bezeichnet wurde.

Schiene als Naziwaffe.

Leuchte der Nazis: Zuchthäusler mit zwölf Vorstrafen.

Auf dem Kai des Nordhafens lag einsam und verlassen ein mehrere Kilo schweres verrostetes Eisenstück in der Form einer Schiene. Bis eines Tages der 23jährige NSDAP-Mann N. des Weges kam, das traurig daliegende Stück Eisen erblickte, sich bückte, es liebevoll aufnahm und in seine Brusttasche steckte — zum Schutz gegen Kommunisten.

So trug der brave Nazi das verrostete einen halben Meter lange Eisenstück bei sich herum und hatte es auch wohlgeborgen in der Palettasche, als er in Erwartung seines aus Hamburg kommenden Freundes im Wartesaal des Lehrter Bahnhofes saß. Der Kriminalbeamte der Lehrter Bahnhofswache wartete aber auch seinerseits auf den geeigneten Augenblick, um eines Stettiner Mörders habhaft zu werden. Der Einsame im Wartesaal kam ihm verdächtig vor, er fragte ihn nach seinen Ausweispapieren, der Mann hatte keine bei sich. Also mußte er auf die Wache. Seine Merkmale stimmten nicht ganz mit den Merkmalen des Mörders

Oeffentliche Kundgebung

109. Abteilung, Friedrichshagen: Heute, Donnerstag, den 8. Oktober, im großen Saal des Gesellschaftshauses, Friedrichstr. 137. Referenten: Parteilvorsitzender Hans Vogel und Käthe Kern. Beginn 20 Uhr.

überein, er sollte schon entlassen werden, da kam aber das Eisenstück zum Vorschein. „Nanu, was soll das mit dem Eisen?“ — „Ein Notbehelf — zum Schutz gegen Kommunisten.“ Die Angelegenheit war politisch, der Mann kam auf die Abteilung Ia. „Ich bin seit zwei Jahren aktiver NSDAP-Mann.“ sagte er dort, „betätige mich propagandistisch, besuche sämtliche Versammlungen usw. usw.“ „Viel Zeit werden Sie zu Ihrer Propagandatätigkeit nicht gehabt haben, meinte der Vorsitzende des Schnell-Schöffengerichts, vor dem sich der Mann mit dem Eisen wegen Verstoßes gegen das Gesetz über Mißbrauch von Waffen zu verantworten hatte. „Im Jahre 1929 erhielten Sie eine Zuchthausstrafe von ein Jahr drei Monaten wegen Diebstahls und Ihr Strafregister weist zwölf Vorstrafen auf: wegen Diebstahls, wegen Bethelei, wegen Einbruchs und so weiter, und zwar in Stettin, Rheinhausen, in Olah, in Waldenburg, in Pablig, in Neustettin, in Stargard, in Hamburg, in Greifenhagen und schließlich eine Zuchthausstrafe in Rathenow. Ist das nicht bedenklich, wenn Sie da Mitglied der NSDAP. sind?“

Der Angeklagte wurde trotz des Strafantrages des Staatsanwalts (6 Wochen Gefängnis) freigesprochen. Das Gericht erblickte in dem Eisen keine Waffe, die ihrer Natur nach zum Hieb, Stoß und Stich bestimmt sei. Etwas anderes wäre es, wenn er mit der Waffe an einer Versammlung teilgenommen hätte. Der Vorsitzende berief sich bei der Urteilsbegründung auf die Erläuterung zu diesem Gesetz, die besagte, daß solche der Natur nach zu Hieb, Stoß und Stich nicht bestimmte Werkzeuge nur dann als Waffen gelten können, wenn sie dazu durch ihr Aussehen geeignet sind und es nach dem Willen des Besitzers sein sollten. Hatte aber nicht der Angeklagte selbst gesagt, daß er das Stück Eisen an sich genommen, um es als Waffe zu benutzen? Sein Wille war doch dahin gerichtet, und wer weiß, ob nicht der Schädel irgendeines Kommunisten oder Reichsbannermannes die Härte des Eisens zu spüren bekommen hätte, wenn es ihm nicht durch die glückliche Verkettung der Umstände abgenommen worden wäre.

Allgemeine Wetterlage.



Unter dem Einfluß eines Tiefdruckausläufers, den eine über dem Nordmeer befindliche Depression weit nach Süden vorgestreckt hat und der am Mittwochabend als Tiefstet über den Skagerrak erscheint, begann am Mittwochmorgen im Westen des Reiches Regenfälle, die sich bis zum Abend in Norddeutschland bis über die Elbe hinaus ostwärts ausbreiteten. Teilweise waren sie ergiebig. Dem Osten dagegen brachte der nach Osten abwandernde Hochdruckausläufer noch meist heiteres Wetter, wobei die Temperaturen vielfach über 20 Grad Celsius anstiegen. Auch im Westen und Süden des Reiches konnten die Temperaturen vor Regenbeginn an diesen Stellen noch 20 Grad Celsius übersteigen. Auf der Westseite des Ausläufers dringen nun wieder kühlere Luftmassen ostwärts vor; am Mittwochabend war Westdeutschland bereits von ihnen erreicht, was zunächst durch Aufhören der Regenfälle und Aufheben der Wolkenbedeckung angezeigt wurde. Die kühleren Luftmassen werden ganz Deutschland überfluten. Der in ihrem Bereich stattfindende kräftige Druckanstieg dürfte verhüten, daß das Wetter derzeit unfreundlich wird, wie es sonst bei dieser Wetterlage zu werden pflegt.

Wetterausichten für Berlin: Noch nördlichen Regenfällen tagsüber kühleres und veränderliches Wetter mit einzelnen Schauern, westliche Winde. — Für Deutschland: Im Osten des Reiches meist bewölkt mit Regenfällen und Abkühlung, im Süden anfangs noch zögerlich, später Besserung, im übrigen Deutschland veränderlich mit einzelnen Schauern, kühl.

Die 5 Stück
Packung
ist da!



Für

20 Pfennig



5 echte

Neuerburg

Zigaretten

Nürburg

RADEMACHER

Das neue Gesetzgebungs-Bündel.

Die Notverordnung vom 7. Oktober.

Die „Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ vom 6. Oktober beglückt das deutsche Volk wieder, wie ihre Vorgängerinnen, mit einer unendlichen Fülle gesetzgeberischer Maßnahmen, die miteinander in gar keinem oder nur in losem Zusammenhang stehen. Verschlechterungen und Verbesserungen des bestehenden Zustands wechseln in bunter Reihenfolge miteinander ab. Die Verbesserungen beschränken sich hauptsächlich auf jene Erleichterungen der sozialen Härten der Juni-Notverordnung, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in langwierigen und mühevollen Verhandlungen der Reichsregierung abgerungen hat. Darauf wird an anderer Stelle dieses Blattes näher eingegangen.

In diesem Rahmen sollen nur die allerwichtigsten Bestimmungen der neuen Notverordnung außer den eben erwähnten Verbesserungen der Juni-Notverordnung einer kurzen Würdigung unterzogen werden. Alle Einzelregelungen müssen besonderen Darstellungen vorbehalten bleiben.

Die Notverordnung beschäftigt sich zunächst nochmals mit den Gehältern und Löhnen der in öffentlichen Diensten stehenden Personen. Auch hier ist Erfreulicheres mit Unerfreulichem bunt gemischt. Erfreulich ist, daß die Regierung endlich einmal den Mut gefunden hat, einer elementaren Volksforderung entsprechend, die Gehälter der höchsten Beamten der öffentlichen Körperschaften sowie der öffentlichen Wirtschaft (soweit sie nicht mit der Privatwirtschaft in Konkurrenz steht) auf die Höhe der Ministergehälter zu beschränken. Unverständlich bleibt dabei freilich, warum die Lantlemen dieser Beamten bis zu einer gewissen Grenze davon ausgenommen bleiben sollen. Unerfreulich, ja vom gewerkschaftlichen Standpunkt im höchsten Maße bedenklich aber ist, daß nunmehr alle öffentlichen Unternehmungen, auch wenn sie in kaufmännischer Form betrieben werden, die Gehälter und Löhne ihrer Bediensteten genau so kürzen und die gleichen Eingriffe ins Tarifrecht vornehmen müssen wie die sonstigen öffentlichen Körperschaften.

Auch die Kommunen werden in der Notverordnung sehr ungleichmäßig behandelt. Auf der einen Seite werden ihnen vom Reich zusätzlich zu den bisherigen Leistungen 170 Millionen Mark zur Erleichterung ihrer Wohlfahrtslasten zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag erscheint uns zwar angesichts der drückenden Lasten der Wohlfahrts-erwerbslosigkeit noch reichlich ungenügend, stellt aber doch wenigstens einen ersten Schritt zu einer wirklich umfassenden Reichshilfe für die Kommunen dar. Andererseits wird freilich den Ländern das Recht gegeben, die Ersparnisse aus ihrer Gehaltskürzung, die sie bisher den Kommunen zur Verfügung stellen mußten, nach eigenem Ermessen zu verwenden.

Eine weitere Verbesserung, besonders im Interesse der Landgemeinden, besteht darin, daß die Landwirte mit einem Einkommen von weniger als 6000 M. jährlich in Zukunft in der Regel den vollen Satz der Bürgersteuer zu zahlen haben werden, während sie nach der bisherigen Regelung nur den halben Satz zu tragen gehabt hätten.

Diesen Verbesserungen stehen aber schwere materielle Verschlechterungen und weitere Einbußen der kommunalen Selbstverwaltung gegenüber. Eine materielle Verschlechterung bedeutet es, daß die Hauszinssteuer um 20 Proz. gesenkt wurde, während die Kommunen eine Ermäßigung um 15 Proz. zur Abgleichung der Juni-Notverordnung (Zinserhöhung für die Aufwertungshypotheken usw.) für völlig ausreichend hielten. Die Regierung hat also den Hausbesitzern trotz der schweren Finanznot der öffentlichen Körperschaften ein Geschenk von 60 bis 80 Millionen in die Taschen gesteckt. Das ist gewiß wesentlich weniger, als die Hausbesitzer selbst in ihrer unerfülllichen Gier versandt und alle bürgerlichen Parteien ihnen zugestanden hatten, aber es ist mehr, als eine soziale Finanzpolitik vertragen könnte.

Mit der Neuregelung der Hauszinssteuer ist aber auch der öffentliche Wohnungsbau zu Tode getroffen worden. Zwölf Proz. der reduzierten Hauszinssteuer müssen für die Zwecke der — an sich notwendigen — kommunalen Umschuldungsaktion abgezweigt werden, und darüber hinaus werden die Länder ermächtigt, den Neubauanteil der Hauszinssteuer nach ihrem Belieben für allgemeine Finanzzwecke zu verwenden. Praktisch läuft diese Regelung darauf hinaus, daß außer Hauszinssteuermitteln in unbestimmter Höhe, die die Notverordnung für die landwirtschaftliche und Vorstadt-siedlung vorseht, für die Neubautätigkeit so gut wie keine Hauszinssteuermittel mehr zur Verfügung stehen werden. Das ganze stolze Werk des Wohnungsbauausbaus aus öffentlichen Mitteln, das freilich schon durch die Notverordnung vom Dezember vorigen Jahres schwer erschüttert worden war, bricht also in einem Augenblick zusammen, in dem weit mehr als die Hälfte der Bauarbeiter auf der Straße liegt und viele Hunderttausende von Proletariern in fremden Wohnungen hausen müssen.

Die Selbstverwaltung der Kommunen wird auf verschiedenen Wegen eingeschränkt. Soweit sie gezwungen sind, kurzfristige Schulden umzuschulden und sich zu diesem Zweck zur Vermittlung der Umschuldungsstellen bedienen müssen, wird die Umschuldungsstelle ihnen schwere Bedingungen für die Sicherung des Schuldendienstes auferlegen können. Freilich liegt hier zum Teil eine Notwendigkeit vor, der man sich beugen muß und die noch immer erträglicher erscheint, als die phantastischen und kommunal-feindlichen Umschuldungspläne, die von den verschiedensten Stellen ausgeht wurden.

Darüber hinaus wird aber sämtlichen Kommunen die Selbstverwaltung dadurch beschnitten, daß in Zukunft nicht nur ihre Anleihen, sondern auch ihre kurzfristigen Schulden (außer den Rassenkrediten) der landes-behördlichen Genehmigung unterliegen, und daß die Länder — in Erweiterung einer früheren Notverordnung — die Ausgaben der Kommunen von sich aus auf dem Verordnungswege herabsetzen können.

Wir halten diese Bestimmung für eine der allerbedenklichsten der neuen Notverordnung und ebenso die gleichlautende Ermächtigung an die Reichsregierung, die Ausgaben der Sozialversicherung von sich aus, auch unter Änderung des geltenden Reichsrechts herabzusetzen. Es muß sehr ernstlich gefragt werden, ob hier nicht eine Fuhangel verborgen liegt, um die Leistungen der Sozialversicherung auf kaltem Wege verschlechtern zu können.

Das Münchener Drafel.



„Sage uns, o große Pythia Hitler, auf welcher Seite stehen wir Nazi eigentlich?“

Die Bundespräsidentenwahl.

Aufregung und Geld gespart.

Die Verfassungsveränderung, die 1930 auf Verlangen der Heimwehr und ihres obersten Protectors Selpel durchgebrückt wurde, schreibt die Wahl des Bundespräsidenten durch das ganze Volk, statt wie bisher durch die Bundesversammlung vor. Diese Wahl war auf den 8. Oktober ausgeschrieben und der sozialdemokratische Kandidat, Dr. Karl Renner, der Präsident des Nationalrates, ist bereits auf einer glänzenden verlaufenden Versammlungstour von der Westgrenze des Staates, von Borarberg her.

Die Sozialdemokraten hatten von Anfang an dazu geraten, die Volkswahl abzusetzen, um in dieser schweren Zeit Aufregung und Geld zu ersparen. Die Großdeutschen haben den Antrag eingebracht, es diesmal noch bei der Wahl durch die Bundesversammlung (Nationalrat und Bundesrat) bewenden zu lassen. Nun haben auch die Christlichsozialen diesem Antrag zugestimmt. Damit ist die zu verfassungändernden Beschlüssen erforderliche Mehrheit beisammen, die Wahlauschreibung wird widerrufen und nächste Woche wählt die Bundesversammlung Herrn Willas wieder oder einen neuen Bundespräsidenten.

Wann Prozeß Hellendorf?

Neue Salgenstrif für die Kurfürstendammrädelsführer?

Der „Vormärts“ berichtete gestern von der Verhaftung dreier weiterer Rädelsführer bei den Nazitrawallen auf dem Kurfürstendamm am 12. September d. J. Es sind dies der Standartenführer Hell, der Sturmtruppadjutant Hagemeister und der Sanitätstruppführer Samerski. Zeugen wollen mit aller Bestimmtheit gesehen haben, daß sie in einem Opelwagen

Zu den Bestimmungen, mit denen man sich grundsätzlich einverstanden erklären kann, gehört die Regelung der öffentlichen Pensionen und der privaten Spitzengehälter. Es muß begrüßt werden, daß die Regierung endlich nach überlangem Zögern der berechtigten Volksstimmung nachgegeben und gewisse Kürzungen der Höchstpensionen sowie hoher Pensionen bei Doppelverdienern vorgenommen hat. Freilich ist diese Regelung noch viel zu zaghaft und in ihrem materiellen Effekt durchaus unzulänglich. Andererseits werden in der Notverordnung allgemein die Pensionssätze gesenkt, was zwar bei höheren Pensionen zu billigen ist, bei niedrigen aber zu sozialen Härten führt; muß.

Viel schiedener ist der Eingriff in die privaten Spitzengehälter. Hier wird nur die Möglichkeit geschaffen, die Gehälter über 15 000 Mark einseitig herabzusetzen bzw. zu kündigen. Wie weit aber von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden wird, ist noch sehr fraglich. Es ist zu befürchten, daß gerade die höchsten, ausgesprochen großkapitalistischen Gehälter davon gar nicht oder nur unwesentlich betroffen werden.

Herr Schiele ist in der diesjährigen Notverordnung nur mit einer zwar bescheiden aussehenden, aber doch vom ernährungsrechtlichen Standpunkt sehr bedeutenden Liebesgabe an die Agrarier vertreten; es ist die Bestimmung, wonach das von ihm heißgeliebte Kartoffelstärke-mehl bis zur Höhe von 5 Proz. dem Weizengebäck beigegeben oder sonst von den Bäckern verwendet werden muß. Gegen derartige zwangsweise Verschlechterungen von Nahrungsmitteln, die bedenklich an die Kriegswirtschaft erinnern, muß immer Einspruch erhoben werden, auch wenn sie nicht allzu tief gehende Wirkungen ausüben.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die neue Notverordnung auch politische Bestimmungen von großer Tragweite enthält. Es werden der Reichsregierung Ermächtigungen zur Errichtung von Sondergerichten erteilt, die ganz allgemein gehalten sind und die der Regierung den weitesten Spielraum zur Ausschaltung des allgemeinen Rechtsweges und des ordentlichen Gerichtsverfahrens geben. Es werden zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen Ausnahmebestimmungen erlassen, die zwar den Kampf gegen politisches Komplotium erleichtern könnten, sich aber doch auch allzu leicht gegen die politische Freiheit im allgemeinen wenden können! Und schließlich werden in einer allgemeinen und bedenklich unbestimmten Wendung die im Ausnahmeartikel der Verfassung genannten Grundrechte „in dem zur Durchführung der Notverordnung erforderlichen Umfang außer Kraft gesetzt“. Ueber

hin und her gefahren seien und die SA-Männer zum Kondatieren angespornt und sie dabei geleitet haben. Es bestand nun die Absicht, gegen die drei Rädelsführer gemeinsam mit der Anklage gegen Graf Hellendorf, Ernst und den Stahlhelmführer Brandt zu verhandeln. Es ist jedoch zu befürchten, daß unter diesen Umständen die Verhandlung gegen Hellendorf und Ernst vertagt werden müßte. Denn die drei vor kurzem Verhafteten können unter Umständen auf die Wahrung der Ladefristen bestehen. Dann wäre es unmöglich, gegen sie bereits am Freitag zu verhandeln. So erscheint es notwendig, unabhängig von diesen dreien den Prozeß gegen den Grafen Hellendorf und Ernst durchzuführen. Es geht doch wahrlich nicht an, immer neue Termine gegen die beiden Naziführer anzusetzen. Es ist auch keine Gewähr vorhanden, daß nicht in den nächsten Tagen wieder ein paar SA-Krawallbrüder verhaftet werden. Auf diese Weise würde die Verhandlung immer wieder verschoben werden müssen!

Bremen-Flugzeug aufgefunden.

Vollständig zertrümmert. — Die Leichen der Flieger noch nicht geborgen.

Salzlag, 7. Oktober.

Das Katapultflugzeug der „Stein“, das gestern in der Cobequid-Bai abstürzte, wurde vollständig zertrümmert in der Nähe des Ufers aufgefunden. Die Postkiste trieb in der Nähe auf dem Wasser. Die Leichen der Flieger konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Für den deutsch-französischen Wirtschaftsausschuß sind die französischen Vertreter ernannt worden. An der Spitze steht Unterstaatssekretär Signoux, während der Ministerialdirektor am Quai d'Orsay, Coulondre, mit dem Amte des Generalsekretärs der französischen Delegation betraut worden ist. Im Ausschuß werden im übrigen fünf Ministerien vertreten sein.

all diese weittragenden politischen Bestimmungen der Notverordnung wird noch in anderem Zusammenhang zu reden sein.

Schon dieser kleine Ausschnitt aus dem Gewirr der Notverordnung zeigt, daß eine einheitliche Beurteilung infolge ihres buntschillernden Charakters unmöglich ist. Er zeigt aber auch — und ein eingehenderes Studium der zum Teil überaus komplizierten Bestimmungen der Notverordnung bestätigt es noch viel mehr —, daß dieser bürokratische Weg der Gesetzgebung, diese Vielregiererei von Ministerialbeamten und Interessentengruppen, die den Weg zu ihnen finden, auf die Dauer für ein großes und modernes Land immer unerträglich wird. Es zeigt sich immer mehr, wie himmelhoch der vielgeschmähte Parlamentarismus mit seiner verfeinerten und weitreichenden Volkskontrolle über diesen Regierungsmethoden steht. Und wenn er heute dank der Septemberwahlen in seiner Funktionsfähigkeit geschwächt ist, so wird es die allerwichtigste politische Aufgabe sein, das Volk wieder zur parlamentarischen Reife zu erziehen!

Schon eine Interpretation!

Die Vorschrift der neuen Notverordnung über die Auserkrafsetzung von Grundrechten.

In einem Teil der Presse wird die Vorschrift der neuen Notverordnung, die sich auf die Auserkrafsetzung von Grundrechten bezieht, dahin ausgelegt, als wenn nun sämtliche, im Artikel 48 genannten Grundrechte allgemein und mit Wirkung für sämtliche Amtshandlungen der Behörden außer Kraft gesetzt wären. Davon kann, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, keine Rede sein. Die Vorschrift enthält sachlich nichts Neues. Sie findet sich im gleichen Wortlaut bereits in der Notverordnung vom 28. März d. J. Auch die neue Notverordnung hat sich lediglich darauf beschränkt, die Grundrechte in dem Umfang außer Kraft zu setzen, wie es zur Durchführung der in der Notverordnung selbst zugelassenen Maßnahmen notwendig ist. Die Auserkrafsetzung gilt also nur für Amtshandlungen der in der Notverordnung selbst bezeichneten Art und nur für die Behörden, die mit ihrer Durchführung betraut sind. Praktisch handelt es sich lediglich um die Befugnis, Personen, die bei Waffenergehen auf frischer Tat erwischt sind, bis zu ihrer Aburteilung die persönliche Freiheit zu entziehen, und um das Recht, in die Unverletzlichkeit der Wohnung insoweit einzugreifen, als Wohnräume zu Sammelstätten staatsgefährlicher Betätigungen gemacht worden sind. Eine weitergehende allgemeine Volkswacht, sich über die Grundrechte der Staatsbürger hinwegzusetzen, ist durch die Notverordnung nicht geschaffen worden.

Machtvoller Ausklang in Leipzig.

„Wir reichen den Arbeiterkameraden die Bruderhand.“

J. St. Leipzig, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

Der 4. AFA-Gewerkschaftskongress hat am Mittwoch nachmittag seine Arbeiten abgeschlossen. Die Beratungen der Schlussung waren ausgefüllt mit dem Abschluß der Debatte über den Geschäftsbericht, mit einer kritischen Beleuchtung des Schiedsspruchs für den Ruhrbergbau, worüber wir gestern im „Abend“ bereits berichteten, und einer Reihe wichtiger Beschlüsse organisatorischer, gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Natur. Die Entlastung des Bundesvorstandes erfolgte einstimmig und unter lebhaftem Beifall. Kritik an der Tätigkeit des Bundesvorstandes wurde — was besondere Beachtung verdient — überhaupt nicht erhoben.

Die Willensfundgebungen des Kongresses

auf sozialpolitischem Gebiet fanden ihre Zusammenfassung in verschiedenen bedeutenden Entschliessungen, die einstimmig angenommen wurden.

In der Frage der Sozialversicherung wies der Kongress die unberechtigten Angriffe aus Kreisen der Invalidenversicherung gegen die Angestelltenversicherung zurück. Von einer Neuaufrichtung der Lastenverteilung könne nicht die Rede sein. Der nur sehr unvollständig geltend gemachte Aufwertungsanspruch der Invalidenversicherung gegen das Reich könne nicht auf die Angestelltenversicherung abgewälzt werden. Gerechtigkeit für beide Versicherungszweige müsse verlangt werden. Für die durch Krieg, Inflation, Rationalisierung und Wirtschaftskrise erschütterten Finanzen der Reichsversicherung habe das Reich einzutreten.

In der Frage des Arbeitslosenlohnes wurde vom Kongress jeder weitere Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung für unerträglich erklärt. Er wandte sich scharf gegen die mahlofen Verschlechterungen bei den Saisonberufen und forderte die Zusammenfassung der Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege zu einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge.

deren Finanzierung vorwiegend aus Reichsmitteln erfolgen müsse. Berlinische Selbstverwaltung und maßgebender Einfluß der Versicherer in der Reichsanstalt seien unbedingt notwendig. Weiter verlangte der Kongress die Beseitigung der Ausnahmestellung des Personals der Seeschifffahrt in den sozialpolitischen Fragen. Der Bundesvorstand wurde durch die Annahme einer besonderen Entschliessung beauftragt, dafür einzutreten, daß künftig eine Bevorzugung der Versorgungsanwärter bei Belegung von Angestelltenstellen in der Sozialversicherung sowie in der öffentlichen Verwaltung unterbleibt.

Zur Förderung der internationalen Regelung der Arbeitszeit der Angestellten wurde dem Bundesvorstand aufgegeben, die baldige Ratifizierung des internationalen Übereinkommens über die Regelung der Arbeitszeit im Handel und in den Büros zu verlangen.

Für das Saargebiet forderte der Kongress die Einführung der deutschen Arbeitsrechts- und Sozialgesetzgebung; die Reichsregierung müsse zu diesem Zweck mit der Saarregierung in Verhandlungen eintreten; gegebenenfalls sei an den Völkerverbund zu appellieren.

Die Förderung der Kräfte auf Anerkennung als Angestellte im Wege gesetzlicher Bestimmungen fand die Unterstützung des Kongresses. Eine größere Anzahl von Anträgen wurde dem Bundesvorstand zur Berücksichtigung als Material überwiesen.

Die Stellung des Bundes zur Sozialdemokratie

rief im Anschluß an einige hierzu vorgelegten Anträge nach einer kurzen Debatte hervor. Ein Antrag des Bezirkskartells Pomern machte es den freigewerkschaftlich organisierten Angestellten zur Pflicht, die Sozialdemokratie zu unterstützen. Ein Antrag des AFA-Ortskartells Berlin sah ein engeres Zusammengehen mit der Sozialdemokratischen Partei vor, während schließlich ein Antrag des Betriebsverbandes — Ortskartell München-Glabach — die Ablehnung dieser beiden Anträge verlangte.

Der Vorsitzende Aufhäuser gab dazu folgende Erklärung ab:

„Gewerkschaften und Partei haben zum Teil gleichlautende Ziele; sie vertreten dieselben Volksschichten und es besteht auch eine weitgehende Übereinstimmung in der Erfüllung ihrer Aufgaben. Trotzdem ist es kein Zufall, daß es Partei und Gewerkschaften gibt. Es ist nicht möglich, eine Vereinigung des Personalfreies vorzunehmen, der zu den Gewerkschaften zugelassen werden darf. Alle Angestellten müssen sich unseren Berufsorganisationen anschließen können. Das besagt aber nicht, daß wir die Zusammenhänge verkennen, die zwischen unseren Organisationen und der politischen Bewegung der Arbeiterschaft bestehen. Alle gewerkschaftliche Kraftentfaltung würde verloren gehen, wenn unsere Mitglieder nicht im politischen Kampfe den Volksstaat erfolgreich verteidigten. Die Herrschaft des Sozialismus würde den Verlust des Koalitionsrechts, des kollektiven Arbeitsrechts und damit die Vernichtung der Gewerkschaften bedeuten. Deshalb ist eine verstärkte Arbeit unserer Kollegen in den politischen Parteien notwendig.“

Bei aller Würdigung der Verdienste der Partei müssen sich die freien Gewerkschaften nach wie vor die volle Freiheit der Kritik vorbehalten. Das hat uns aber nicht gehindert, bei den letzten Wahlen keinen Zweifel darüber zu lassen, was die Angestellten der Sozialdemokratischen Partei zu danken haben und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Wir stehen in ständiger Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Zur Vermittlung des Sozialismus sind drei Ströme — Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften — notwendig.

Die Kraft der Gewerkschaften allein würde nicht ausreichen zur Überwindung des kapitalistischen Systems. Statutarische Bindungen können wir schon deswegen nicht eingehen, weil wir damit die faktisch-politische Entscheidungsfreiheit der Parteien unterbinden würden.“

Nach dieser mit starkem Beifall aufgenommenen Erklärung zog Flatau-Berlin den Antrag des AFA-Ortskartells zurück, um nicht durch eine eventuelle Ablehnung einen falschen Eindruck zu erwecken und weil die Erklärung Aufhäusers grundsätzlich befriedigend sei. Einstimmig angenommen wurde dazu folgende Entschliessung:

„Der Kongress hat den Bericht des Vorstandes über das bisherige Zusammenwirken mit der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entgegengenommen. Er billigt die Haltung des Bundesvorstandes in der Frage der parteipolitischen Neutralität.“

Mit einer Reihe von Abänderungen in den Statuten wurde

die Arbeit des Kongresses abgeschlossen. Die Tagung fand ihren Ausklang in einem

Schlusswort Aufhäusers.

das vom Kongress begeistert aufgenommen wurde:

„Wir haben keinen Grund zum Optimismus, keinen Raum für den Pessimismus, wir bekennen uns zum Realismus. Das Referat Hilferdings, das im Mittelpunkt des Kongresses stand, hat aufgezeigt, daß es nicht genügt, den Sozialismus zu wollen, sondern, daß man auch wissen muß, was auf dem

Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus

zu geschehen hat. Ueber die Bankenkontrolle und die Monopolkontrolle wollen wir zur Verstaatlichung. Die Lösung dieser Fragen ist zwar eine Machtfrage, aber sie hat auch zur Voraussetzung die geistige Reife. Dabei fällt den AFA-Gewerkschaften die besondere Aufgabe zu, das Proletariat zu dieser Arbeit zu befähigen.“

Die Unternehmer fürchten nur eines: die Klasse. In den ersten zehn Jahren seines Bestehens, die nunmehr abgeschlossen hinter uns liegen, hat der AFA-Bund die gewerkschaftliche Organisationsform auch bei den bürgerlichen Verbänden durchgesetzt. Sehr gilt es, die geistige Durchdringung durchzuführen. Der 4. AFA-Gewerkschaftskongress hat die Mobilisierung der Angestellten vollzogen, um in

Gemeinschaft mit der Arbeiterklasse

den Kapitalismus zu überwinden. Wir reichen den Arbeiterkameraden die Bruderhand. Wir wollen erneut das große Gelohnis der unüberbrücklichen Treue ablegen. AFA-Bund, AOB, und die große Internationale der Arbeit — sie leben hoch!“

Die Delegierten stimmten begeistert ein und sangen stehend die Internationale.

BBG. wählt Liste 1!

Nazis und Nazis auf der Wählerliste.

Vor wenigen Tagen hatte die AFD eine Belegschaftsversammlung des Betriebes H einberufen. Da auf dieser Dienststelle von dem Wirken der AFD noch nichts zu spüren war, fanden sich etwa 25 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter ein. AFD-Vertreter aus der Dienststelle waren in der Versammlungsleitung nicht zu finden. Ein Betriebsfremder, der die deutsche Sprache nur mühsam rodebredete und zwei sogenannte rote Betriebsräte bildeten die Kerntruppe der AFD. Erst auf wiederholtes Drängen wurde die Versammlung mit Verspätung eröffnet. Vorher schon hatte der Versammlungsleiter einige Leute seiner Garde ausgespielt, um die Sitzgelegenheit zu mobilisieren.

Das Referat hielt der „rote“ Arbeiterrat Brechmer, der in der müßigen Weise gegen die Betriebsräte Flieger und Voll sowie gegen die freien Gewerkschaften Loszog. Alle Erfolge des Betriebsrats, insbesondere die Herabsetzung der Krankentafelbeiträge, lämen auf das Konto der roten Arbeiterräte, dagegen die Entlassungen, die Einführung der 10-Stunde-Tage und der sechsprozentige Lohnabbau samt allen sonstigen Verschlechterungen auf das Konto von Flieger und Voll. Da das Referat absichtlich in die Länge gezogen wurde, um auf das Erscheinen der Sitzgelegenheit zu warten, brandmarkte ein Freigewerkschafter das demagogische Verhalten Brechmers und empfahl allen Kollegen, am 12. Oktober vor der Liste 1 ihre Stimme zu geben und sich mit ihrer ganzen Verbekraft für die freigewerkschaftliche Liste einzusetzen. Hierauf vertiehen die freien Gewerkschafter die Versammlung und ließen die AFD-Leute unter sich. Es blieben ganze sechs Mann übrig bei einer Belegschaft von annähernd 1000 Mann.

Auch die Nazis hatten für sich eine BBG-Versammlung arrangiert, und zwar in der Rindbrauerei zu Neutölln. Von 70 Anwesenden waren 40 betriebsfremde SA-Leute. Außerdem war eine Anzahl unserer Genossen erschienen. Der Referent Zander redete den üblichen nationalsozialistischen Unsinn.

In der Diskussion machte sich der bei der BBG entlassene König durch Drohungen nach allen Seiten bemerkbar. Den „Vorwärts“-Redaktoren drohte er eine besondere Begrüßung unter vier Augen an. Sein Mut schwoll immer höher, von keiner Gefahr gehemmt. Die mit allerlei Lantam aufgezoogene Veranstaltung hatte 20 Mann der BBG auf die Beine gebracht. Die große Mehrheit der BBG-Belegschaft hat das Präsenzebimmel der AFDen und Nazis satt und wählt am 12. Oktober Liste 1.

Verbindlich erklärt.

9 Prozent Abbau in den Wurstfabriken.

Am Dienstag wurde vor dem Schlichter für Groß-Berlin über den Antrag der Berliner Wurst- und Fleischwarenfabrikanten verhandelt, den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses für verbindlich zu erklären, der einen Abbau der Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Wurst- und Fleischwarenfabriken um neun Prozent vorsteht.

Die Versuche des Schlichters, eine Vereinbarung zwischen den Parteien herbeizuführen, scheiterten an der Unnachgiebigkeit der Unternehmer. Der Schlichter hat daraufhin gestern den Vertragsparteien mitgeteilt, daß er den Schiedsspruch für verbindlich erklärt habe.

Ein Sprung ins Dunkle.

Beim BMM. ist alles „undurchsichtig“.

Der Verband Berliner Metallindustrieller (BMM) hat bekanntlich das Lohnabkommen für die Arbeiter und Arbeiterinnen in seinen Betrieben zum Schluß der Lohnwoche gekündigt, in die der 31. Oktober fällt. Sofort nach dem Eingang des Kündigungsschreibens hat sich die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes an den BMM gewandt mit dem Ersuchen, ihr mitzuteilen, welche Forderungen die Metallindustriellen zu stellen beabsichtigen und ob sie bereit sind, über den Neuabschluss des Lohnvertrages zu verhandeln.

Gestern hat der BMM dem Metallarbeiterverband mitgeteilt, daß er grundsätzlich bereit sei, über den Abschluß eines neuen Lohnvertrages zu verhandeln. Seine Forderungen könne der Verband Berliner Metallindustrieller jedoch „bei der undurchsichtigen Lage“ noch nicht mitteilen. Der BMM habe in Aussicht genommen, die Verhandlungen in der zweiten Hälfte dieses Monats aufzunehmen.

Die Mitteilung, daß der BMM über seine Forderungen selbst noch nicht klar ist, beweist mit aller Deutlichkeit, daß die Tarifkündigung bestimmt auf höhere Weisung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller erfolgt ist, der auch bei der Bewegung in der Berliner Metallindustrie im Oktober vorigen Jahres die treibende Kraft der Berliner Metallindustriellen war.

Reinfall der Konditoreninnung.

Verbissener Kampf gegen Tariflohn.

Zu Anfang dieses Jahres forderte die Konditoreninnung ihre Mitglieder durch Rundschreiben auf, trotz Tarifvertrages die Löhne um 10 Proz. zu kürzen.

Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter erwiderte gegen dieses Rundschreiben eine einstweilige Verfügung. Die Innung legte Berufung ein; die Berufung wurde vom Landesarbeitsgericht am 26. Februar zurückgewiesen. Anstatt die Rechtslage anzuerkennen, versuchte die Innung immer neue Verschleppungsmanöver, damit ihre Mitglieder nach wie vor sich vor der Befahrung der Tarifhöhen drücken und Einzelkämpfe nicht durchgeführt werden konnten.

Ihr Syndikus Dr. Ruhnke reichte eine Nichtigkeits- und eine Feststellungsfrage ein. Die Nichtigkeitsfrage mußte er nach eingehender juristischer Beratung durch den Gerichtsvorstand zurückziehen. Es dauerte monatelang, bis wegen der Feststellungsfrage eine Entscheidung herbeigeführt werden konnte. Es begann ein Rattenkampf von Terminen vor dem Arbeitsgericht. Immer wieder verstand es der Syndikus Dr. Ruhnke, die endgültige Entscheidung zu verschleppen.

Inzwischen war der Tarif am 1. Juli abgelaufen. Die Innung forderte einen Abbau der Löhne um durchschnittlich 33 Proz. und der sozialen Bestimmungen um die Hälfte. Trotz mühevoller Verhandlungen ist es bisher nicht möglich gewesen, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen; es konnte nur erreicht werden, daß die Innung ihre Abbaumünche etwas einschränkte.

Am 5. Oktober ist die Konditoreninnung endlich vor dem Landesarbeitsgericht mit Bouken und Trompeten hereingefallen. Ihre Feststellungsfrage ist nunmehr endgültig abgewiesen worden.

Den Arbeitnehmern müssen nunmehr die eingehaltenen Lohnanteile vollständig nachgezahlt werden. Die Arbeitgeber mögen sich dafür bei ihrem Innungsvorstand bedanken.

Überall da, wo die Nachzahlung nicht unverzüglich erfolgt oder von den Arbeitnehmern eine Besichtigung verlangt wird, mache man sofort dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, K 54, Neue Schönhauser Straße 4/5, Mitteilung.

Allheilmittel Lohnabbau.

Lohnabbauakt der Berliner Plahhölzhändler.

In rigoroser Weise verfuhr der Arbeitgeber-Verband Berliner Plahhölzhändler einen unerhörten Abbau der Löhne der Bretterträger durchzusetzen. Der Arbeitgeber-Verband kündigte den Lohnvertrag zum 30. September ohne Angabe von Gründen und wich jeder Verhandlung mit der zuständigen Arbeiterorganisation, dem Gesamtverband, aus. Durch ein Rundschreiben hat er seine Mitglieder vielmehr angewiesen, ab 1. Oktober die Löhne um 19 Proz. herabzusetzen, desgleichen auch die Akkordpreise, die bereits im vorigen Jahr um 10 Proz. gekürzt worden sind. Der Lohn der Bretterträger beträgt zur Zeit 1,23 M. und würde nach dem Diktat der Unternehmer auf 1 M. kommen. Bei diesen Löhnen ist jedoch zu beachten, daß die Arbeiter auf allen Holzplätzen nur noch drei und vier Tage in der Woche und dabei vielfach nur sieben Stunden am Tag arbeiten, so daß sie demzufolge mit einem Bruttomoheneverdienst zwischen 26 und 40 M. nach Hause gehen.

Dem Gesamtverband ist der Schlichtungsausschuß zur Vermittlung angerufen worden.

Verhandlungen mit den Werften verlag.

Hamburg, 7. Oktober.

Die für Dienstag angelegten Verhandlungen zur Neuregelung des Tarifvertrages für die Wertindustrie wurden auf Antrag der Unternehmer wegen Unübersichtlichkeit der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzlage vertagt. Neue Verhandlungen werden voraussichtlich um den 20. Oktober herum stattfinden.

Die J. W. Woolworth Co., G. m. b. H., Berlin W. 9, Bellevuestraße 11, teilt uns zu dem Artikel im „Abend“ vom 29. September: „Großhändler bildet Volontäre aus“, mit, daß sie mit der darin erwähnten Einheitspreis G. m. b. H. Woolworth keinerlei Verbindung hat und auch keinen Betrieb in Hirschberg i. R. unterhält. Sie beschäftigt weder Lehrlinge noch Volontäre.

Achtung, Bauanschläger! Die Bauanschläger Berlins befinden sich seit dem 8. Oktober im Kampf um den Abschluß eines Tarifvertrages. Alle Bauanschläger, die sich nicht im Besitze einer grauen, vom Deutschen Metallarbeiter-Verband unterschriebenen Ausweislarie befinden, gelten als Streikbrecher. Wir ersuchen alle auf den Bauten und in den Tischereien Beschäftigten, sich diese Ausweislarie zu lassen. Brangeneitung der Bauanschläger.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute um 19½ Uhr tagen die Gruppen: Rosenfeld: Jugendheim Ordauer Str. 3 (Nähe Bahnhof Spinnlerstraße). „Gewerkschaften in der Krise.“ — Genußkassen: Jugendheim Rose Straße, Götterburger Straße 2. „Abend.“ — Schönewald: Jugendheim Rosenthaler Str. 18 (Feuerwehrhaus). Mit lesen aus dem Buch: „Kampfbuch: Gruppenheim Leipzig.“ — Hermannstraße 4-6. Der Ausgang zum Jugendheim erfolgt durch den Eingang auf der hinteren Seite der Schule. — Die Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften: — Götterburger: Jugendheim Str. 66 (Feuerwehrhaus). „Kapitalistische und sozialistische Wirtschaft.“ — Krasitz: Jugendheim Leichter Straße 18-19. „Der Gewerkschaftskongress.“ — Staaken: Jugendheim 17. Volksschule, Gartenstraße, Kirchplatz (Eckhalle des Klosterturms). Theo. Partei: „Aus der Zeit geschlagen.“ — Reinickendorf: Jugendheim Guntersdorf, 44. „Alte Berlin in Wort und Bild.“ — Reinickendorf: Gruppenheim Döbelineerstraße 5. „Mit Buch und Schallplatte durch die Welt.“ — Nichtenberg: Jugendheim Döbelineerstraße 22. „Freizeitgestaltung.“ — Prenzlauer Berg: Jugendheim Füllter Str. 4. „Das Gemeinwohlleben in der Gruppe.“ — Schöneberg: Jugendheim Weidenbühlstraße, Berliner Str. 31 (Rindfleischhalle). „Kaufmann.“ — Scharfweidung: Jugendheim: Krieger, Freitag, 20 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstraße, Mitgliederempfangung.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Karben: Jugendheim Vorstraße 18. Vortrag: „Freie Vereine — kein Leben und kein Wert.“ Referent: Rasmussen. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Götterburger Str. 14 (großes Zimmer). „Ebenen.“ — Prenzlauer Berg: Jugendheim Götterburger Str. 18. Arbeitsgemeinschaft: Jugend und Kultur. Referent: Polmann. — Tempelhofer Park: Jugendheim: „Die Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften.“ — G. m. u. H. tagt von 20-22 Uhr im Reinickendorfer Hof. — Alter vom Reichstagsgebäude zum Preise von 25 Pf. pro Stück können beim Jugendsekretariat bestellt werden. — Freitag, 20 Uhr, Mitgliederempfangung der Scharfweidung in der Volkshalle im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstraße.

Verantwortlich für Text: Walter Schill; Wirtschaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: J. Strauch; Redaktion: Dr. John Schömann; Kasse und Kontieren: Frau Karben; Anzeigen: E. Glaser; Druck: G. Müller in Berlin. Verlag: Reinickendorf-Berlin G. m. b. H., Berlin, Preuß. Reichsdruck-Verlag und Verlagsanstalt Carl Ziemer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 4, Seite 2. Beilage.